



LAND
OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

***der Direktion Inneres und Kommunales
über die Einschau in die Gebarung***

der Marktgemeinde

Stadl-Paura

Gem-512.441/3-2012-Wit

Impressum

Herausgeber: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1
Redaktion und Graphik: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Herausgegeben: Linz, im Jänner 2013

Die Direktion Inneres und Kommunales beim Amt der Oö. Landesregierung hat in der Zeit vom 9. Juli bis 13. September 2012 gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 (GemO) in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Stadl-Paura, Bezirk Wels-Land, vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2009 bis 2011 herangezogen. Wenn nötig wurden auch die Gebarungen der Vorjahre sowie des laufenden Jahres 2012 miteinbezogen. Die Zahlen aus dem Jahr 2012 wurden dem Voranschlag entnommen.

Der Bericht gibt Aufschluss über die Gebarungsabwicklung der Marktgemeinde und beinhaltet Feststellungen im Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Empfehlungen zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die Anmerkungen in Kursivdruck zu den einzelnen Punkten kennzeichnen die Empfehlungen der Direktion Inneres und Kommunales, die von den zuständigen Organen der Marktgemeinde in entsprechender Frist umzusetzen sind.

Inhaltsverzeichnis

KURZFASSUNG	5
WIRTSCHAFTLICHE SITUATION.....	5
PERSONAL	5
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN.....	5
WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN	6
VORHABEN IM AUßERORDENTLICHEN HAUSHALT.....	7
DETAILBERICHT	8
DIE MARKTGEMEINDE	8
WIRTSCHAFTLICHE SITUATION	9
HAUSHALTSENTWICKLUNG	9
FINANZAUSSTATTUNG	10
UMLAGEN.....	11
FREMDFINANZIERUNGEN	12
DARLEHEN	12
KASSENKREDIT.....	13
LEASING	13
HAFTUNGEN.....	13
RÜCKLAGEN.....	14
BETEILIGUNGEN	14
PERSONAL	15
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN	17
ABWASSERBESEITIGUNG.....	17
WASSERVERSORGUNG	18
KINDERGÄRTEN.....	20
KRABELSTUBE.....	21
SCHÜLERHORT.....	22
LANDESMUSIKSCHULE.....	23
ESSEN AUF RÄDERN	24
TAGESHEIMSTÄTTE	25
FRIEDHOF	26
GEMEINDEVERTRETUNG	27
PRÜFUNGSAUSSCHUSS.....	27
SITZUNGSGELDVERORDNUNG.....	27
VERFÜGUNGSMITTEL UND REPRÄSENTATIONSAUSGABEN.....	27
WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN	28
FÖRDERUNGEN UND FREIWILLIGE AUSGABEN.....	28
FEUERWEHRWESEN.....	29
ADVENTMARKT	29
INSTANDHALTUNGEN UND INVESTITIONEN.....	30
VERSICHERUNGEN.....	31
VORHABEN IM AUßERORDENTLICHEN HAUSHALT	33
ALLGEMEINES.....	33
ABGESCHLOSSENE VORHABEN.....	33
IN AUSFÜHRUNG BEFINDLICHE VORHABEN	35
INVESTITIONSVORSCHAU.....	36
SCHLUSSBEMERKUNG	37

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Die Marktgemeinde Stadl-Paura erwirtschaftet seit dem Jahr 2003 jährlich hohe Haushaltsabgänge. Auch für das Jahr 2012 wird ein Abgang von € 301.200 prognostiziert.

Von 2007 bis 2011 wurde ein Gesamtfehlbetrag von € 1,495 Mio. erwirtschaftet. Dem Gemeindebudget mussten rd. € 1,206 Mio. Bedarfszuweisungsmittel zugeschossen werden. Trotzdem verblieb mit Ende des Jahres 2011 noch immer ein Abgang von rd. € 289.000, für den Mitte 2012 eine Bedarfszuweisung von € 274.000 gewährt wurde. Inklusive der verbleibenden Differenz von € 15.000 und dem reduzierten Abgang von € 7.000 für 2012 verbleibt am Ende des Jahres 2012 ein offener Fehlbetrag von rd. € 22.000.

Die Gemeinde hat zur Haushaltskonsolidierung geeignete Maßnahmen zu setzen, wobei vor allem in erster Linie Ausgabenkürzungen vorzunehmen sind. In weiterer Folge wären auch maßvolle Gebührenerhöhungen besonders durch Indexanpassungen zu verfolgen. Die jährlich hohen Instandhaltungsausgaben im ordentlichen Haushalt sind deutlich zurückzunehmen. Zukünftig ist das Augenmerk auf alle möglichen Einsparungen zu legen.

Die im Mittelfristigen Finanzplan ausgewiesene freie Budgetspitze zeigt für die Planjahre 2012 bis 2015 jeweils Minuswerte zwischen € 309.800 und € 574.000. Dies bedeutet, dass die Marktgemeinde selbst keine Mittel zur Finanzierung ihrer vorgesehenen Bauten beisteuern kann.

Personal

Die Personalkosten einschließlich der Pensionsbeiträge für die Gemeindebeamten waren von 2009 bis 2011 konstant auf beinahe dem gleichem Niveau (rd. € 1,66 Mio.). Im Jahr 2011 entfielen davon rd. € 208.600 bzw. rd. 12,5 % auf gesetzliche Pensionsaufwendungen, womit die Zahlungen als hoch eingestuft werden können.

In den Jahren 2009 (rd. € 50.000) und 2012 (rd. € 40.000) mussten höhere Zahlungen für Abfertigungen bzw. Jubiläumsumwendungen getätigt werden. Im Jahr 2011 gingen diese Zahlungen auf rd. € 20.000 zurück. Der Anteil der Personalausgaben an den ordentlichen Jahreseinnahmen belief sich im Finanzjahr 2011 auf rd. 22,4 % bzw. rd. € 320 je Einwohner, womit die Gemeinde bezirkswweit im Mittelfeld rangiert.

Der vom Gemeinderat am 24.2.2011 beschlossene Dienstpostenplan ist nicht mehr auf dem letzten Stand und entspricht in vielen Positionen nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten. Derzeit wird die Organisationsstruktur der Verwaltung durch eine private Organisation analysiert.

Der Dienstpostenplan ist vom Gemeinderat neu zu beschließen und im Anschluss der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Werden bei der Analyse der Verwaltung Einsparungen empfohlen, so sind diese von den jeweiligen Gremien umzusetzen. Unabhängig vom Ergebnis der Verwaltungsanalyse muss mit den vorhandenen Personalressourcen das Auslangen gefunden werden. Die Aufnahme von zusätzlichem Personal hat zu unterbleiben. Der mit ca. März 2013 durch Pensionierung frei werdende Dienstposten im Bauhof ist einzusparen.

Öffentliche Einrichtungen

Im Bereich der Abfallbeseitigung konnten bis dato jeweils Überschüsse erzielt werden. Im Voranschlag 2012 ist erstmalig ein Abgang von € 3.100 veranschlagt.

Im Jahr 2012 wurde auf eine Gebührenerhöhung verzichtet, obwohl der Abfallwirtschaftsbeitrag um 11,94 %, der Abfallbehandlungsbeitrag um 2,55 % und der Sperrabfallbeitrag um 3,59 % anstiegen. Auch 2013 ist mit einer Erhöhung der oa. Beiträge zu rechnen. Womöglich erhöht auch ein Abfuhrunternehmen die Preise, womit zusammen eine doch erhebliche Kostensteigerung die Folge sein könnte und damit die Abfallbeseitigung einen Fehlbetrag erwirtschaften würde.

In den nächsten Jahren ist bei der Abfallbeseitigung jedenfalls mindestens ausgeglichen zu wirtschaften. Dafür sind, wenn nötig, die Abfallgebühren zu erhöhen und ab 1.1.2013 jährlich eine verbraucherpreisabhängige Anpassung der Gebühren vorzunehmen. Damit wird eine jährliche moderate Anpassung der Gebühren erreicht, welche die Gebührenzahler nicht überfordert.

Der Betrieb der Krabbelstube durch die Pfarrcaritas wurde im Herbst 2010 aufgenommen. Im Jahr 2011 wurde eine Gruppe mit zehn Kindern, die zwischen 1,5 bis 3 Jahre alt waren, geführt bzw. betreut.

Abzüglich der Leistungen für das Jahr 2010 ergibt sich für 2011 eine Abgangsdeckung von rd. € 33.000. Bei zehn betreuten Kindern errechnet sich ein Abgang pro Kind und Jahr von € 3.300. Dieser Abgangsbetrag liegt im Durchschnitt vergleichbarer Einrichtungen.

Die Wochenöffnungszeit beträgt 40 Stunden, wobei von Montag bis Freitag täglich von 07.00 Uhr bis 15.00 Uhr durchgehend geöffnet ist. Laut OÖ. Kinderbetreuungsgesetz muss die Wochenöffnungszeit für Krabbelstubengruppen mindestens 30 Stunden betragen. Damit erbringt die Gemeinde ein Angebot, das ca. 33 % über den gesetzlich normierten Öffnungszeiten liegt.

Die Gemeinde hat zu prüfen, ob der Bedarf für die ausgeweiteten Öffnungszeiten besteht bzw. ob nicht mit kürzeren Tagesöffnungszeiten das Auslangen gefunden werden kann.

Der von der Gemeinde in zwei Gruppen geführte Schülerhort verursachte von 2009 bis 2011 einen Fehlbetrag von rd. 143.700 bzw. durchschnittlich jährlich € 47.900 auf. Für das Jahr 2012 wurde ein Abgang von € 53.800 veranschlagt. Die Aufwendungen für Lebensmittel konnten bis 2010 mit den Essensbeiträgen der Eltern bedeckt werden.

Der Betrieb der Einsegnungshalle erwirtschaftete – mit Ausnahme des Jahres 2010 - jährlich einen hohen Abgang zwischen € 6.000 bis € 8.000. Im Jahr 2007 musste aufgrund von Baumaßnahmen sogar ein Abgang von € 27.700 hingenommen werden. Für das Jahr 2012 ist ein Abgang von € 6.000 veranschlagt.

Der Grund für die Abgänge sind die niedrigen Gebühren, welche kein kostendeckendes Niveau aufweisen. Damit muss der jährliche Fehlbetrag durch die Gemeinde bzw. durch das Land OÖ finanziert werden. Die Gebühren für die Aufbahrungshalle sind Pauschalen, welche nicht auf die Zeitdauer abstellen und eine Unterdeckung von rd. € 5.000 aufweisen. Auch die Reinigungspauschale weist eine Unterdeckung von rd. € 2.000 auf.

Die Einsegnungshalle ist künftig mindestens ausgabendeckend zu führen. Dafür sind ab 1.1.2013 die Gebühren „Aufbahrungshalle Erwachsener“ auf € 310 und „Reinigung der Aufbahrungshalle“ auf € 125 anzuheben. Alle anderen Tarife sind gemäß Indexsteigerung anzuheben.

Weitere wesentliche Feststellungen

Im Bereich der Förderungen und freiwilligen Ausgaben blieb die Gemeinde in den letzten Jahren in einem annehmbaren Rahmen. In den Jahren 2010 bzw. 2011 waren die Ausgaben mit jeweils rd. € 70.700 bzw. € 71.000 gegeben. Daraus errechnet sich ein Betrag pro Einwohner von rd. € 13,60 bzw. € 13,70. Damit lag die Gemeinde in beiden Jahren unter dem vom Land OÖ festgesetzten Richtsatz von € 15 je Einwohner. Für das Jahr 2012 ist ein Betrag von rd. € 71.700 veranschlagt.

In der Gemeinde findet jährlich am 1. Adventwochenende ein Adventmarkt statt. Im Zuge dieser Veranstaltung entsteht der Gemeinde jährlich ein hoher Abgang, welcher durch allgemeinen Steuermittel finanziert werden muss. Die Abgänge ergeben sich, weil der Gemeindebauhof die gesamten Aufbauten erledigt bzw. auch sonst alle Ausgaben trägt und die Aussteller nur geringe Beiträge für Verkaufsstände bzw. Standgebühr leisten müssen.

Die Abgänge des Adventmarktes müssen künftig stark reduziert bzw. gänzlich vermieden werden. Dafür sind die Arbeitszeiten des Bauhofs dementsprechend zu reduzieren bzw. die Aufbauarbeiten anders zu organisieren. Weiters sind die Gebühren für die Aussteller dementsprechend anzuheben, sodass alle anfallenden Kosten damit finanziert werden können.

Aufgrund der geringen Einnahmen von den Ausstellern ist auch der Abgang des jährlichen Adventmarktes als freiwillige Leistung an die jeweiligen Standbetreiber zu werten. Damit erhöhen sich die freiwilligen Ausgaben auf rd. rd. € 16,90 (2010) bzw. € 17,70 (2011) je Einwohner. Folglich lagen die Förderungen der Gemeinde in beiden Jahren um rd. € 9.500 bzw. € 13.900 über dem vom Land OÖ festgesetzten Richtsatz.

Die Gemeinde hat künftig ihre Förderungen und freiwilligen Ausgaben inklusive Einrechnung des Abganges Adventmarkt auf max. € 15 pro Einwohner zu reduzieren. Insbesondere der Fehlbetrag für den Adventmarkt ist durch geeignete Maßnahmen deutlich zu reduzieren. Generell wird darauf hingewiesen, dass Förderungen nachhaltig und wirkungsorientiert zu vergeben sind.

Die Kosten für die Instandhaltungen waren von 2009 bis 2011 jährlich sehr hoch. Dazu wesentlich beigetragen haben vor allem die Instandhaltungsmaßnahmen bei der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und bei den Wohn- bzw. Geschäftsgebäuden, welche jedoch in Gebühreneinnahmen, Mieten bzw. Versicherungsleistungen ihre Deckung fanden. Alle anderen Bereiche mussten aus dem ordentlichen Gemeindebudget finanziert werden, wobei auch hier die jährlichen Ausgaben sehr hoch waren.

Bei Durchsicht der einzelnen Rechnungen war zu ersehen, dass viele als Instandhaltungen deklarierte Ausgaben eigentlich Investitionsausgaben waren und somit buchhalterisch nicht richtig dargestellt wurden. Darüber hinaus hat die Gemeinde für diese Investitionen nicht um Genehmigung durch das Land OÖ angesucht, wobei bei Abgangsgemeinden die Genehmigung verpflichtend einzuholen ist. Diese Vorgangsweise wird bereits seit einigen Jahren so praktiziert. Angeschaffte Gegenstände werden auch nicht als Gemeindeseigentum gekennzeichnet.

Die Marktgemeinde hat bis dato bei den Instandhaltungen jährlich hohe Ausgaben getätigt. Auf die schlechte Budgetsituation wurde dabei nicht geachtet und regelmäßig weiter investiert. Zukünftig sind die Instandhaltungen auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu beschränken und mit einem Betrag von jährlich € 100.000 (ohne Wasser-, Kanal- und Wohnbauinstandhaltungen) das Auslangen zu finden.

Vorhaben im außerordentlichen Haushalt

Der außerordentliche Haushalt zeigte zum Ende des Finanzjahres 2011 im Rechnungsabschluss einen Überschuss von rd. € 59.900. Bei den insgesamt 11 Vorhaben zeigten drei ein positives, eins ein negatives und sieben ein ausgeglichenes Ergebnis. Bei den insgesamt 11 Vorhaben waren sehr viele bereits abgeschlossen bzw. ausfinanziert.

Der außerordentliche Haushalt befindet sich in einem geordneten Zustand und stellt kein finanzielles Problem für die Marktgemeinde dar.

Detailbericht

Die Marktgemeinde

Die Marktgemeinde Stadl-Paura im Bezirk Wels-Land hat 5.185 Einwohner, verfügt über eine Flächenausdehnung von rd. 15 km² und liegt auf einer Seehöhe von 360 m im Hausruck- bzw. Traunviertel an der Mündung der Ager in die Traun. Die Ausdehnung beträgt von Nord nach Süd 6,5 km und von West nach Ost 5,2 km. Das Straßennetz beläuft sich auf ca. 31 km.

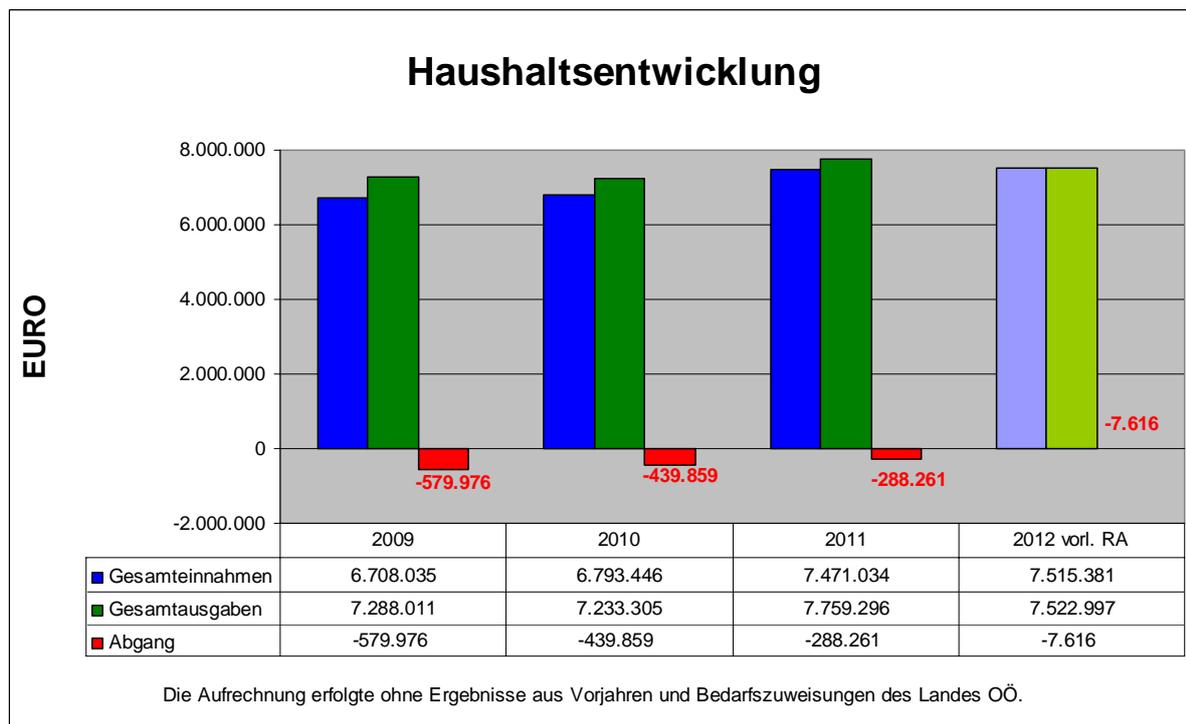
Die Marktgemeinde Stadl-Paura ist in der Region Lambach und Umgebung primär als Wohngemeinde positioniert. Sie ist aber bestrebt, verstärkt Betriebe anzusiedeln und verfügt auch über einige größere Betriebe. Die Landwirtschaft spielt eine eher untergeordnete Rolle, zumal rd. 2/3 der Flächen bewaldet sind und nur ca. 16 % der Fläche landwirtschaftlich genutzt werden.

In den letzten Jahren wurden keine größeren Bauvorhaben realisiert und somit war die Investitionstätigkeit sehr gering. Darüber hinaus sind die in der Regel sehr kostenintensiven Kanal- bzw. Wasserbauten abgeschlossen und der Betrieb dieser Einrichtungen läuft sehr positiv.

Im Jahr 2016 ist Stadl Paura in die Landesausstellung zum Thema "Mensch und Pferd" eingebunden. Im Vorfeld der Landesausstellung sind einige Projekte zu realisieren, wobei die Finanzierung dieser Projekte laut Gemeinde derzeit keine Probleme bereiten dürften.

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



Die Marktgemeinde Stadl-Paura erwirtschaftet seit dem Jahr 2003 jährlich hohe Haushaltsabgänge. Auch für das Jahr 2012 wird ein Abgang von € 301.200 prognostiziert.

Von 2007 bis 2011 wurde ein Gesamtfehlbetrag von € 1,495 Mio. erwirtschaftet. Dem Gemeindebudget mussten rd. € 1,206 Mio. Bedarfszuweisungsmittel des Landes OÖ (BZ) zugeschossen werden. Trotzdem verblieb mit Ende des Jahres 2011 noch immer ein Abgang von rd. € 289.000, für den Mitte 2012 eine Bedarfszuweisung von € 274.000 gewährt wurde. Inklusiv der verbleibenden Differenz von € 15.000 und dem reduzierten Abgang von € 7.000 (laut vorläufigem Rechnungsabschluss) für 2012 verbleibt am Ende des Jahres 2012 ein offener Fehlbetrag von rd. € 22.000. Der sinkende Abgang von 2009 auf 2011 ist überwiegend auf die um rd. € 320.000 gestiegenen Bundesertragsanteile zurückzuführen.

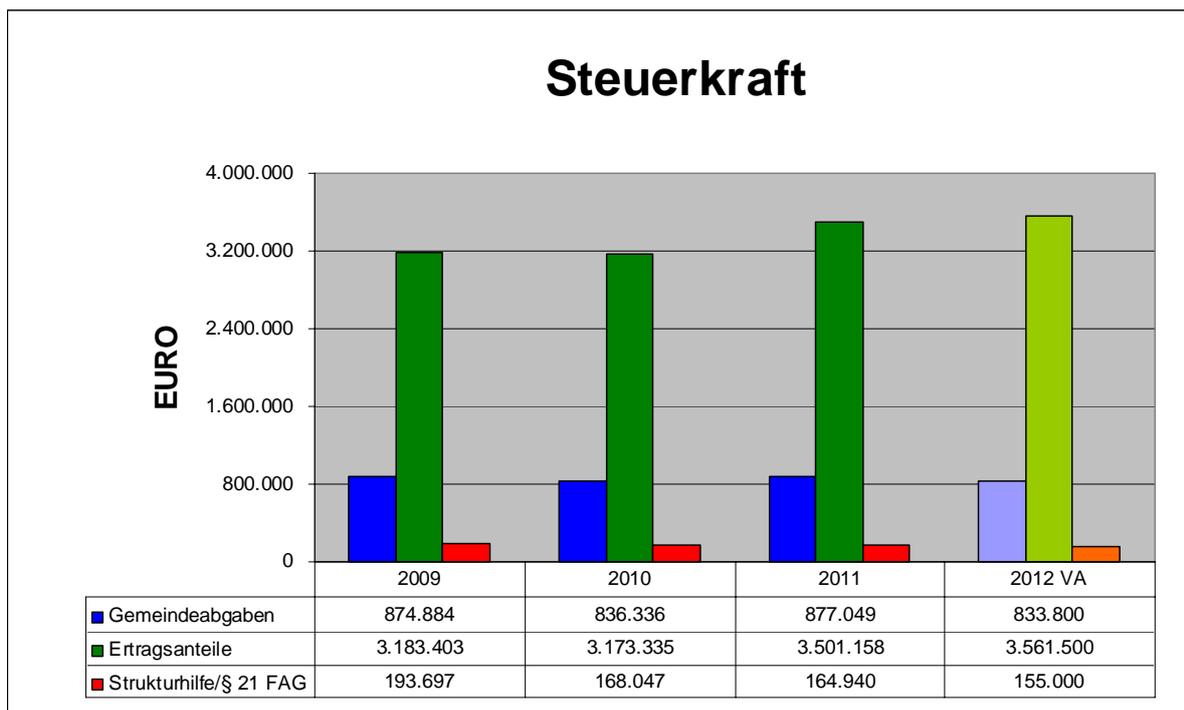
Die Gemeinde hat zur Haushaltskonsolidierung geeignete Maßnahmen zu setzen, wobei in erster Linie Ausgabenkürzungen vorzunehmen sind. In weiterer Folge wären auch maßvolle Gebührenerhöhungen besonders durch Indexanpassungen zu verfolgen. Die jährlich hohen Instandhaltungsausgaben im ordentlichen Haushalt sind deutlich zurückzunehmen. Zukünftig ist das Augenmerk auf alle möglichen Einsparungen zu legen.

Die im Mittelfristigen Finanzplan ausgewiesene freie Budgetspitze zeigt für die Planjahre 2012 bis 2015 jeweils Minuswerte zwischen € 309.800 und € 574.000. Dies bedeutet, dass die Marktgemeinde selbst keine Mittel zur Finanzierung ihrer vorgesehenen Bauten beisteuern kann. Die in Zukunft notwendigen Baumaßnahmen können daher nur mit Mitteln des Landes OÖ oder Darlehen finanziert werden.

Der außerordentliche Haushalt zeigte zum Ende des Finanzjahres 2011 im Rechnungsabschluss einen Überschuss von rd. € 59.900. Der außerordentliche Haushalt befindet sich in einem geordneten Zustand und stellt somit kein finanzielles Problem für die Marktgemeinde dar.

Die derzeit sparsame Investitionstätigkeit im außerordentlichen Haushalt ist fortzuführen. Bauvorhaben dürfen nur nach einer gesicherten Finanzierung begonnen werden.

Finanzausstattung



Die Steuerkraft betrug im Jahr 2009 rd. € 4,252 Mio. und stieg bis 2011 um rd. 6,8 % auf rd. € 4,543 Mio. - bzw. rd. € 876 je Einwohner - an. Die Steuerkraft im Jahr 2011 lag damit erstmals um rd. € 154.600 deutlich über der bis dato höchsten Steuerkraft des Jahres 2008 von rd. € 4,389 Mio. Damit scheint der Rückgang der Steuerkraft infolge der Finanzkrise als gestoppt und es ist künftig wieder mit steigenden Steuereinnahmen zu rechnen. Im Voranschlag 2012 wird die Steuerkraft mit rd. € 4,55 Mio. prognostiziert.

Die Steigerung der Steuerkraft von 2009 bis 2011 um rd. € 291.200 ist vor allem auf die um rd. € 317.700 höher eingegangenen Bundesertragsanteile zurückzuführen. Im Gegenzug dazu blieben die Einnahmen bei den Gemeindefinanzbeiträgen annähernd gleich (+ € 2.200) und die Einnahmen aus der Strukturhilfe bzw. den Finanzausweisungen nach § 21 FAG gingen um € 28.800 zurück.

Die Bundesertragsanteile hatten im Jahr 2008 mit rd. € 3,369 Mio. ihren vorläufigen Höchststand. In der Folge gab es im Jahr 2009 (€ 3,183 Mio.) bzw. auch 2010 (€ 3,173 Mio.) einen markanten Einbruch bei den Bundesertragsanteilen. Im Jahr 2012 kam es zu einem kräftigen Anstieg der Bundesertragsanteile auf nunmehr rd. € 3,501 Mio. (+ € 327.700 gegenüber 2010), womit das Budget positiv beeinflusst wurde.

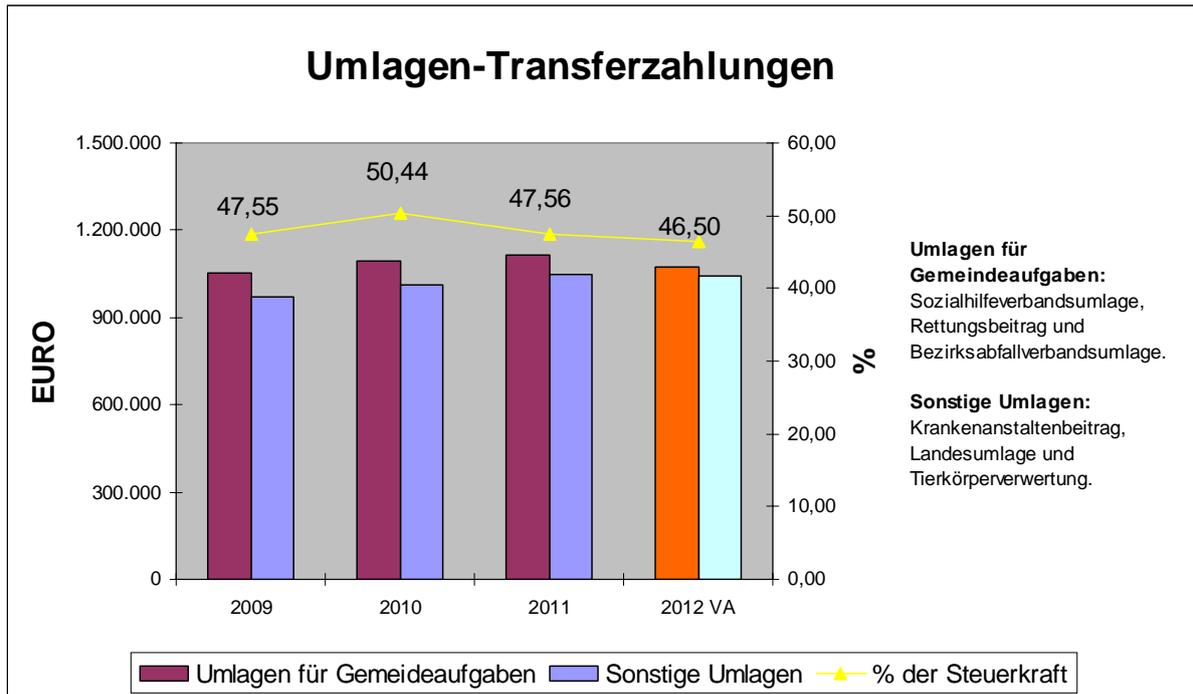
Bei den Gemeindefinanzbeiträgen waren im Vergleich von 2009 (rd. € 874.900) mit 2011 (rd. € 877.000) keine gravierenden betragsmäßigen Schwankungen feststellbar. Bei den Gesamteinnahmen 2011 von rd. € 877.000 (je Einwohner € 169) waren vor allem die Kommunalsteuer (€ 593.600) und die Grundsteuer B (€ 253.100) mit einem Anteil von rd. 97 % vom Gesamtvolumen die wesentlichsten Einnahmequellen der Gemeinde.

Bei den Gemeindefinanzbeiträgen waren auch keine größeren Zahlungsrückstände ersichtlich, was auf eine gute Zahlungsmoral der Bevölkerung und eine konsequente Gebühreneinhebung durch die Gemeinde hinweist.

Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2011 rd. 19 % der Steuerkraft. Damit kann das Steueraufkommen als gering eingestuft werden.

Nur im Jahr 2009 erhielt die Gemeinde Strukturhilfeeinnahmen von rd. € 37.400. Die Finanzausweisungen (nach § 21 FAG 2008) des Bundes stiegen von € 156.300 (2009) auf rd. € 164.900 (2011).

Umlagen



Die von der Gemeinde für die oa. Bereiche in Form von Umlagen und Transferzahlungen zu erbringenden Geldleistungen stiegen von 2009 (rd. € 2,022 Mio.) bis 2011 (rd. € 2,161 Mio. bzw. € 417 je Einwohner) um rd. € 139.000 an. Der Voranschlag für 2012 sieht einen Rückgang der Zahlungen auf rd. € 2,116 Mio. (- € 45.000) vor.

Die fallenden Prozentsätze (50,44 % = 2010 auf 46,50 % = 2012) im Vergleich der Umlagezahlungen zur Steuerkraft zeigen an, dass die Umlagezahlungen geringer anstiegen als die Steuerkrafteinnahmen. Im Jahr 2011 waren damit rd. 47,6 % der Steuerkrafteinnahmen notwendig, um die Zahlungen von rd. € 2,16 Mio. leisten zu können.

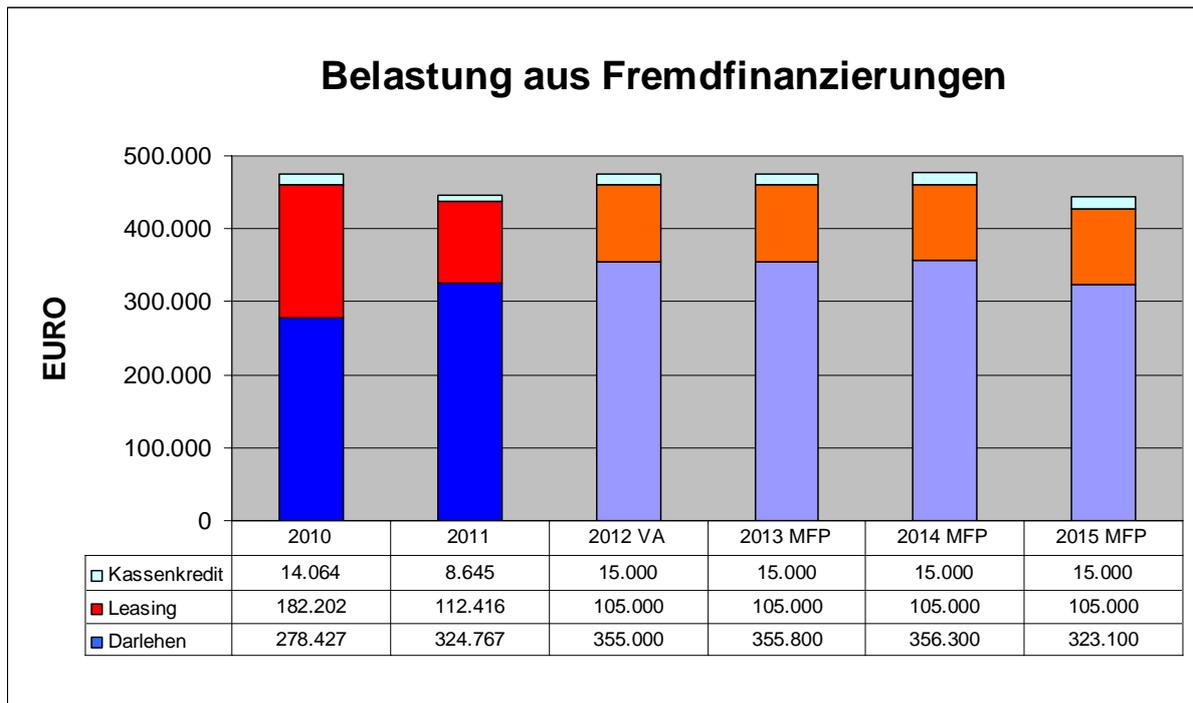
Die Umlagezahlungen teilten sich in den letzten Jahren wie folgt auf:

Marktgemeinde Stadl-Paura	2009	2010	2011	VA 2012
SHV-Umlage	990.635,00	1.030.677,00	1.045.531,00	1.000.000,00
Rotes Kreuz	33.704,92	34.897,66	34.445,74	35.600,00
Bezirksabfallverband	29.092,32	29.826,00	33.191,80	37.000,00
Gemeindeumlagen	1.053.432,24	1.095.400,66	1.113.168,54	1.072.600,00
Krankenanstaltenbeitrag	810.535,00	861.932,00	885.455,00	880.500,00
Landesumlage	147.276,19	139.238,31	151.384,32	151.600,00
Tierkörperverwertung	10.658,20	10.658,20	10.816,04	11.000,00
Sonstige Umlagen	968.469,39	1.011.828,51	1.047.655,36	1.043.100,00
Summe Umlagen	2.021.901,63	2.107.229,17	2.160.823,90	2.115.700,00

Ausschlaggebend für den Anstieg im Beobachtungszeitraum der abgeschlossenen Jahre 2009 bis 2011 war einerseits die Erhöhung der Sozialhilfeverbandsumlage um rd. € 54.900 und andererseits der Krankenanstaltenbeitrag bzw. die Landesumlage, welche um rd. € 74.900 bzw. € 4.100 höher ausfielen.

Laut Voranschlag 2012 sinkt die SHV-Umlage um rd. € 45.500 auf rd. € 1 Mio. und der Krankenanstaltenbeitrag bleibt in etwa gleich. Alle anderen Positionen zeigen ebenfalls keine höheren Schwankungen, womit die geringeren Zahlungen 2012 auf den Rückgang bei der SHV-Umlage zurückzuführen sind.

Fremdfinanzierungen



Darlehen

Die Belastung aus den eingegangenen Darlehensverbindlichkeiten durch die Marktgemeinde betrug im Finanzjahr 2011 rd. €488.400. Im Rahmen der Wasserbauten erhielt die Gemeinde im Finanzjahr 2011 Annuitätenzuschüsse von rd. € 42.600, sodass eine Nettobelastung von rd. € 445.800 verblieb.

Gemessen an den ordentlichen Jahreseinnahmen beträgt die Nettobelastung rd. 6 %, die als mittelmäßiger Wert zu bezeichnen ist. In den nächsten Jahren sind keine Darlehensaufnahmen geplant, womit die Belastungen bis in das Jahr 2015 voraussichtlich konstant bleiben bzw. leicht sinken werden (zwei Darlehen laufen aus).

Im Jahr 2008 war noch ein Nettoschuldendienst von rd. € 658.300 zu leisten. Ein Grund für den großen Rückgang beim Schuldendienst sind die aufgrund der Wirtschaftskrise stark gefallen Zinsen, welche von 2008 bis 2011 um insgesamt € 130.000 gesunken sind und so positiv das Budget beeinflussten.

Am Ende des Haushaltsjahres 2011 war ein Gesamtschuldenstand (ohne Investitionsdarlehen den Landes von € 803.600) von rd. € 4,670 Mio. bzw. €900 je Einwohner gegeben, womit die Gemeinde weit unter dem Landesdurchschnitt von rd. €2.000 je Einwohner liegt. Auch inklusive Haftungen und Leasing errechnet sich nur eine Verschuldung von €1.150 je Einwohner, womit die Gemeinde hier gute Werte aufweist.

Rd. 84,8 % der Darlehen wurden für den Ausbau der Kanalanlagen (78,1 % bzw. € 3,65 Mio.) bzw. für die Wohnhaussanierung (6,7% bzw. € 313.700) aufgenommen, deren Rückzahlungen in Gebühreneinnahmen bzw. Mieteinnahmen ihre Deckung finden.

Die Zinssätze der Darlehen befinden sich derzeit alle auf einem marktconformen Niveau. Die Darlehensoptimierung wurde im März 2009 beschlossen und umgesetzt.

Für die letzte höhere Darlehensaufnahme im Jahr 2011 (€ 175.000; Kanalbau BA 11) wurden vier Bankinstitute im engeren Umkreis zur Angebotslegung eingeladen, welche auch jeweils ein Angebot abgegeben haben. Das günstigste Angebot (mit 6-Monatseuribor + 0,64 %-Punkte Aufschlag) erhielt den Zuschlag.

Bei der Vergabe von größeren Darlehen wurden – wie in der Vergangenheit von der Gemeinde praktiziert – auch überörtliche Banken zur Anbotslegung eingeladen.

Künftig ist von kurzen Darlehenslaufzeiten (z.B. Erweiterung ATSV-Sportplatz, sieben Jahre) Abstand zunehmen, damit die jährliche Haushaltsbelastung im erträglichen Rahmen bleibt.

Kassenkredit

Zum Zeitpunkt der Gebarungseinschau (Juli 2012) betrug der Kassenkredit rd. € 155.800. Die zulässige Höhe wurde vom Gemeinderat mit € 1 Mio. festgesetzt. Damit war der Kassenkredit bei der Einschau im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.

Für die Vergabe des Kassenkredits in der Höhe von € 1 Mio. werden jährlich fünf Banken (vier örtliche, eine überörtliche) für eine Angebotslegung eingeladen, wobei alle fünf ein Anbot abgaben. Die Vergabe erfolgte nicht an den Bestbieter, da die Kassenkreditsumme auf alle fünf Anbieter aufgeteilt wurde und so jede Bank einen Anteil erhielt. Der Bestbieter erhielt nur einen Anteil von 30 % bzw. € 300.000. 70 % der Kreditsumme bzw. € 700.000 erhielten vier Banken, welche teilweise weit (bis ca. 0,7 %) über den Konditionen des Bestbieters lagen. Im Juli 2012 war nur der Kassenkredit des Bestbieters mit einem Minusbetrag von € 300.000 vollständig ausgenützt. Alle anderen Kreditkonten waren im positiven Bereich, womit hier keine Kassenkreditzinsen anfielen. Die Gemeindeverwaltung ist bestrebt, nur bei der Bank mit den besten Konditionen den Kassenkredit zu beanspruchen.

Künftig ist der Zuschlag dem günstigsten Angebot zu geben. Eine Aufteilung der Kreditsumme kann nur dann vorgenommen werden, wenn alle Banken die gleichen Konditionen anbieten.

Die Zinsenbelastung durch den Kassenkredit betrug in den Jahren 2009 bis 2011 zwischen € 8.600 und € 26.600. In den nächsten Jahren wird mit jährlichen Kassenkreditzinsen von € 15.000 gerechnet.

Leasing

Die Marktgemeinde hatte in den vergangenen Jahren folgende Leasingzahlungen zu leisten:

Leasinggegenstand	2009	2010	2011	VA 2012
FF-Komandofahrzeug	5.772,30	4.266,99	0	0
FF-Kleinrüstfahrzeug	7.219,49	7.160,91	0	0
Kopierer Hauptschule	3.619,68	1.659,02	0	0
Schuleinrichtung Hauptschule	18.872,08	10.078,50	10.344,03	0
Umbau Hauptschule	122.529,68	119.759,32	102.072,38	105.000,00
Neubau Landesmusikschule	36.889,53	0	0	0
Sanierung Straßenbeleuchtung	47.984,92	39.277,75	0	0
Summe Leasingzahlungen	242.887,68	182.202,49	112.416,41	105.000,00

Die Leasingzahlungen haben sich von 2009 bis 2011 durch den Wegfall der Zahlungsverpflichtungen um rd. € 130.500 stark reduziert. Damit sind auch die Haushaltsergebnisse der Jahre 2010 und 2011 positiv beeinflusst worden.

Im Jahr 2011 war noch die letzte Rate für die Schuleinrichtung zu zahlen, welche durch das Ende der Laufzeit ab 2012 gänzlich wegfällt. Somit verbleibt ab 2012 nur mehr der Hauptschulumbau mit einer jährlichen Leasingrate von € 105.000. Die Laufzeit endet erst Ende 2021, sodass hier in den nächsten Jahren keine Budgetentlastung zu erwarten ist.

Für künftige Investitionen (siehe Seite 36) sind Leasinggeschäfte zu vermeiden und durch andere Finanzierungsvarianten zu ersetzen.

Haftungen

Der Stand an Haftungen für den Reinhaltungsverband Lambach betrug mit Ende des Finanzjahres 2011 rd. € 1,15 Mio.

An Haftungstilgungen und –zinsen, die als ausgelagerter Schuldendienst zu bezeichnen sind, wurden im Jahr 2011 an den RHV Lambach rd. € 157.600 (Tilgungen € 144.000, Zinsen € 13.600) geleistet.

In naher Zukunft ist nicht mit weiteren gravierenden Belastungen zu rechnen. Ab 2016 laufen Zahlungen von jährlich rd. € 60.000 für den BA 03 aus, womit eine Entlastung aus diesem Kostenbereich zu erwarten ist.

Rücklagen

Mit Ende des Finanzjahres 2011 hatte die Marktgemeinde nur geringe Rücklagenmittel wie folgt angesammelt:

Rücklage Wasserversorgung	€	99.923,37
Rücklage Gesunde Gemeinde	€	1.031,50
Rücklage Adventmarktspenden	€	4.038,73
Rücklagen Gesamtsumme:	€	104.993,60

Bei den verschiedensten Veranstaltungen unter dem Motto "Gesunde Gemeinde" hat die Gemeinde an Stelle eines Eintrittsgeldes freiwillige Spenden erhalten und damit die Rücklage gebildet. Im Haushalt verblieb für die Veranstaltungen in den letzten sechs Jahren ein Abgang von rd. € 925. Auch für 2012 ist ein Abgang von rd. € 500 veranschlagt, sodass hier eine unbedeckte Haushaltsbelastung von rd. € 1.425 gegeben sein wird.

Die Rücklage Gesunde Gemeinde von € 1.031,50 ist 2012 zur Abdeckung des aufgelaufenen Abgangs in den ordentlichen Haushalt überzuführen.

Mit der Abwicklung des Adventmarktes wurden in den letzten vier Jahren rd. € 100.000 Abgang erwirtschaftet. Eine Rücklagenbildung ist daher in keinem Falle berechtigt.

Die Rücklage Adventmarktspenden in der Höhe von € 4.038,73 ist im Jahr 2012 vollständig zu Gunsten des ordentlichen Haushalts aufzulösen.

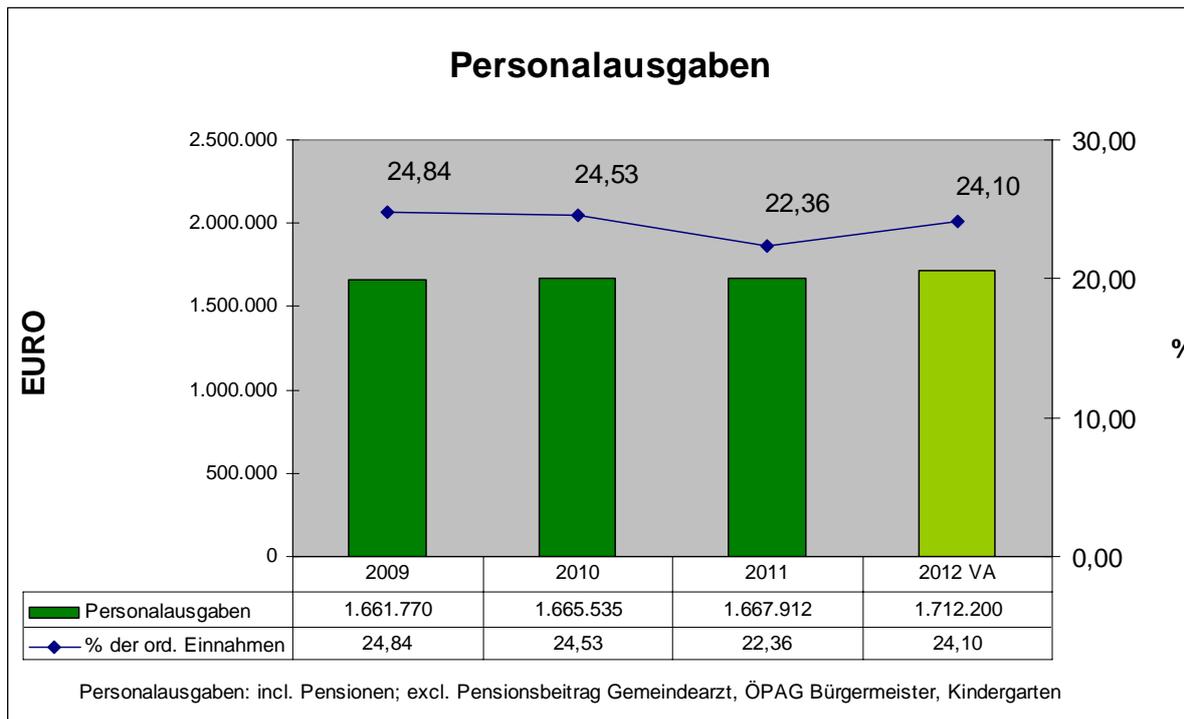
Die Rücklage "Wasserversorgung" ist zweckgewidmet und befand sich bis Juli 2012 auf einem Sparbuch (Verzinsung 1,75 %). Aufgrund der derzeit geringen Habenverzinsung (1 % bei einjähriger Bindung ab 7/2012) ist die Rücklage vom Sparbuch entnommen und in den Kassenstand übergeleitet worden, womit die Gemeinde einen Zinsvorteil hat, da der Soll-Zinssatz bei rd. 1,5 % liegt.

Der Gemeinde kann mit der Umschichtung der Rücklage vom Sparbuch in den Kassenstand eine wirtschaftliche Vorgangsweise bestätigt werden. Sofern die Sparbuchzinsen weiterhin niedrig bleiben, ist an der Anlagestrategie keine Änderung vorzunehmen.

Beteiligungen

Im Rechnungsabschluss 2011 verfügte die Marktgemeinde über Beteiligungen mit einem Wert von € 299.660,62 (Lawog Geschäftsanteile € 299.630,10; Geschäftsanteile der Raika Edt/Lambach € 15,99 und der Gartenbaugenossenschaft € 14,53). Diese scheinen in den Büchern zwar auf, haben aber keine Relevanz, da sie finanziell nicht verwertbar sind.

Personal



Die Personalkosten einschließlich der Pensionsbeiträge für die Gemeindebeamten waren von 2009 bis 2011 konstant auf beinahe dem gleichem Niveau (rd. € 1,66 Mio.). Im Jahr 2011 entfielen davon rd. € 208.600 bzw. rd. 12,5 % auf Pensionsaufwendungen, womit die Zahlungen als hoch eingestuft werden können.

In den Jahren 2009 (rd. € 50.000) und 2012 (rd. € 40.000) mussten höhere Zahlungen für Abfertigungen bzw. Jubiläumsgewährungen getätigt werden. Im Jahr 2011 gingen diese Zahlungen auf rd. € 20.000 zurück. Durch die höheren Zahlungen in den Vorjahren wird das kontinuierliche Ansteigen der Personalkosten weniger ersichtlich. Der Anteil der Personalausgaben an den ordentlichen Jahreseinnahmen belief sich im Finanzjahr 2011 auf rd. 22,4 % bzw. rd. € 320 je Einwohner, womit die Gemeinde bezirkswweit im Mittelfeld rangiert.

Bei der Gemeinde waren 2011 laut Aufstellung insgesamt 39 Bedienstete mit 34,5 PE (Personaleinheiten = vollbeschäftigt) in nachstehenden Bereichen beschäftigt:

Tätigkeitsbereich	Anzahl Bed.	PE	Pers. Aufwand 2011	% Anteil
Allgemeine Verwaltung	17	15,75	€ 724.300	49,6
Freiwillige Feuerwehr	0	0,25	€ 21.400	1,5
Schulen, Hort	14	10,50	€ 380.200	26,1
Bauhof	6	6	€ 239.800	16,4
Öffentliche Einrichtungen	2	2	€ 93.600	6,4
Gesamt	39	34,50	€ 359.592	100,0

Der vom Gemeinderat am 24.2.2011 beschlossene Dienstpostenplan ist nicht auf dem letzten Stand und entspricht in vielen Positionen nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten. So wurde das Beschäftigungsausmaß beim Schulwart der Volksschule reduziert und ein neuer Bauhofleiter ernannt. Auch bei den handwerklich Bediensteten haben sich Änderungen ergeben. Derzeit wird die Organisationsstruktur der Verwaltung durch eine private Organisation analysiert.

Der Dienstpostenplan ist vom Gemeinderat neu zu beschließen und im Anschluss der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Werden bei der Analyse der Verwaltung Einsparungen empfohlen, so sind diese von den jeweiligen Gremien umzusetzen. Unabhängig vom Ergebnis der Verwaltungsanalyse muss mit den vorhandenen Personalressourcen das Auslangen gefunden werden. Die Aufnahme von zusätzlichem Personal hat zu unterbleiben.

Bauhof

Im Jahr 2011 hat eine private Organisation den Bauhof durchleuchtet und eine Organisationsanalyse inklusive Optimierungspotenziale erarbeitet. Dabei wurden der Gemeinde verschiedene Empfehlungen gegeben, die bei Umsetzung finanzielle Einsparungen bringen. So z.B. soll die laufende Betreuung des örtlichen Kanalnetzes an den Reinhalteverband ausgelagert und so mindestens 0,5 Personaleinheiten im Bauhof gespart werden. Eine weitere Variante zur Reduzierung des derzeitigen Leistungsaufwandes würde die Umstellung der Wasserablesung durch Mitarbeiter des Bauhofs auf eine Funkablesung darstellen.

Die in der Bauhofanalyse aufgezeigten Optimierungspotenziale sind von der Gemeinde umzusetzen. Die notwendigen Schritte sind von den Gemeindeorganen umgehend in die Wege zu leiten, damit die Einsparungen so bald als möglich dem Budget zu Gute kommen. Der mit ca. März 2013 durch Pensionierung frei werdende Dienstposten (Kanalwart) ist einzusparen.

Im Bereich Bauhofpersonal war zu ersehen, dass 2011 zu rd. 38 % für Straßenerhaltung, zu rd. 21 % für öffentliche Einrichtungen und zu rd. 13 % für Wohn- und Geschäftsgebäude gearbeitet wurde. Im Jahr 2011 kam ein Stundensatz von rd. € 24,50 zur Verrechnung, welcher den angefallenen durchschnittlichen Personalkosten pro tatsächlicher Arbeitsstunde für einen Bauhofmitarbeiter entsprach.

Beim Gebarungsansatz Bauhof, in dem neben den Personalausgaben für die Bauhofarbeiter auch die Kosten der gesamten Gerätschaften und Fahrzeuge abgerechnet werden, waren jährliche hohe Abgänge zu verzeichnen. Diese Abgänge entstanden, weil nicht alle Kostenstellen auf die einzelnen Einrichtungen umgelegt wurden. Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten sind jedoch alle anfallenden Kosten (Personal- wie auch Materialkosten) den Leistungserhaltern anzulasten, damit die Kostenwahrheit gegeben ist.

Die Vergütungssätze sind künftig so zu verrechnen, dass sämtliche beim Bauhof anfallenden Kosten abgedeckt werden und die Bauhofgebarung - bis auf kleinere Abweichungen - ein ausgeglichenes Ergebnis zeigt. Für Leistungen nach außen sind Stundensätze nach betriebswirtschaftlichen Kalkulationen zu verrechnen. Dies gilt auch für die Verleihung von Gerätschaften (z.B. Teleskopmastbühne, etc.).

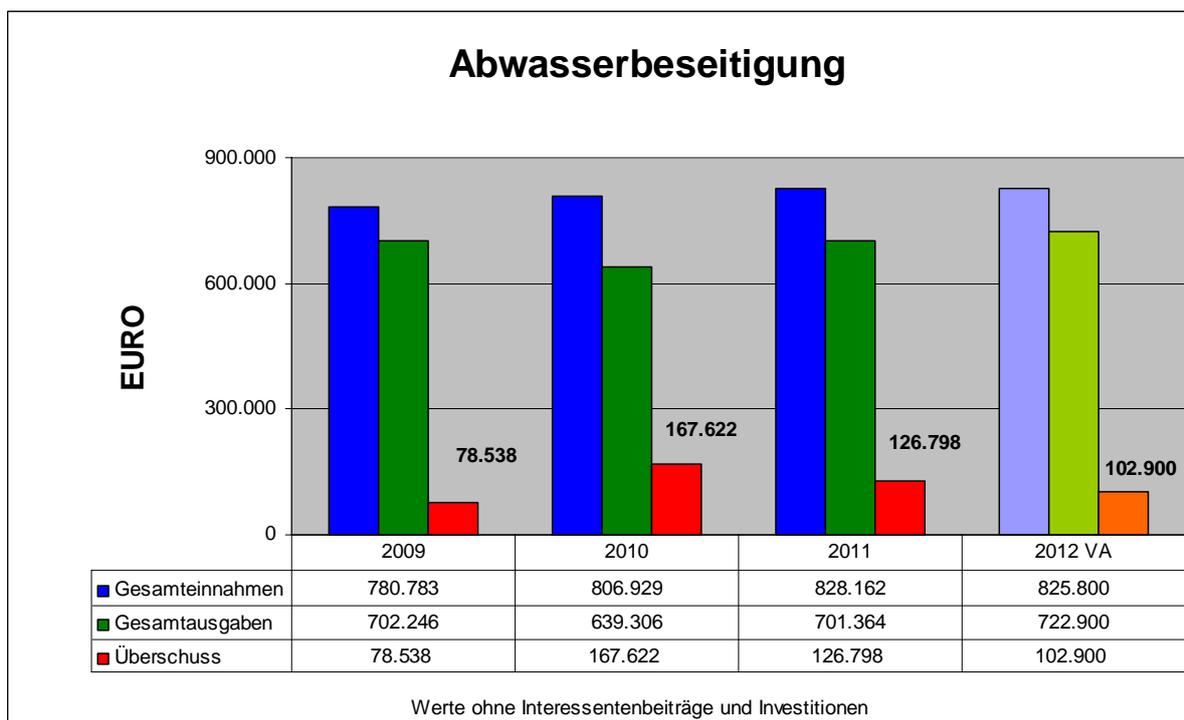
Belohnungen

Belohnungen können entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen in einzelnen Fällen für außergewöhnliche Dienstleistungen vom Gemeindevorstand zuerkannt werden. Im Jahr 2011 wurden an insgesamt sechs Personen Einzelbelohnungen in Summe von € 4.500 für Krankenstandsvertretungen gewährt. Klare Vorgaben, wann eine Belohnung in welcher Höhe zur Auszahlung gelangt, gibt es nicht, da bis dato noch nie Belohnungen gewährt wurden. Den Auszahlungen an die Personen lag ein entsprechender Gemeindevorstandsbeschluss zu Grunde. Zumindest für zwei Belohnungen in Summe von € 2.000 konnte die Begründung für die Belohnung anhand der Krankenstände in den Jahren 2010 bzw. 2011 nicht nachvollzogen werden. Auf einen längeren Betrachtungszeitraum wäre eine Belohnung nachvollziehbar.

Zukünftig ist bei der Festsetzung von Belohnungen die außergewöhnliche Dienstleistung im Einzelfall klar darzustellen und zu dokumentieren bzw. finanziell zu bewerten.

Öffentliche Einrichtungen

Abwasserbeseitigung



Die Marktgemeinde ist Mitglied des Reinhaltverbands Raum Lambach. Die Reinigung der anfallenden Abwässer erfolgt in der Verbandskläranlage in Edt bei Lambach, wo die von über 99 % der Bewohner eingeleiteten Abwässer entsorgt werden.

In den letzten Jahren wurden laufend Überschüsse erzielt. Diese wurden im Haushaltsbudget belassen, wobei die Interessentenbeiträge in den letzten drei Jahren für Investitionen im ordentlichen Haushalt verwendet bzw. den außerordentlichen Bauvorhaben zugeführt wurden. So konnten für die Bauten insgesamt rd. €75.000 bereitgestellt werden.

Die eingehobene Kanalanschlussgebühr für das Jahr 2012 in der Höhe von € 2.990 bzw. €20 je m² Grundfläche (jeweils netto) entspricht den Vorgaben des Landes OÖ.

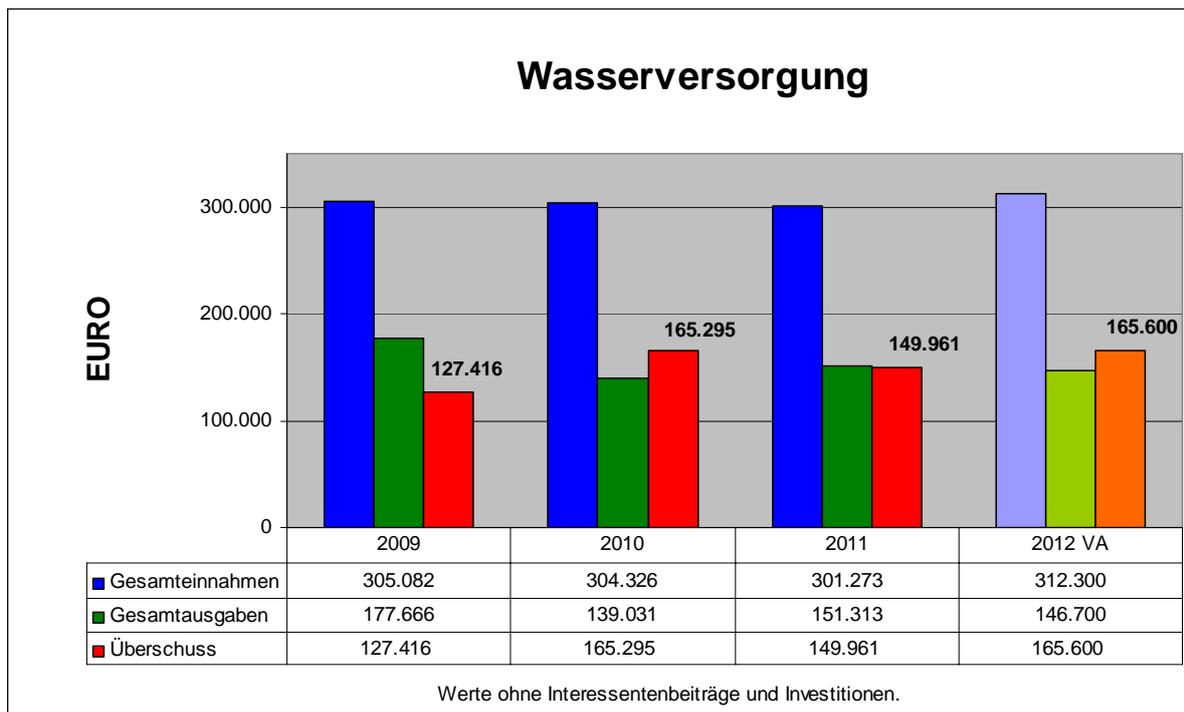
Ebenso entsprachen die in den letzten Jahren eingehobenen Benützungsgebühren den Vorgaben der Aufsichtsbehörde. Zuletzt ab 1.10.2010 wurde die Kanalbenützungsg Gebühr mit €3,82 (netto) pro 1.000 Liter entnommenen Wassers aus der Wasserversorgungsanlage festgesetzt. Die kostendeckende Benützungsg Gebühr liegt lt. Gebührenkalkulation für 2012 bei €3,83 (netto).

Es wird auch eine Bereitstellungsgebühr von € 114,55 pro Jahr (netto) für unbebaute Grundstücke, die an die Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen sind, eingehoben.

Einen wesentlichen Anteil an den guten Ergebnissen der letzten Jahre hatten die rückläufigen Aufwendungen für Tilgungen und Zinsen der aufgenommenen Darlehen. Die Aufwendungen dafür sanken von 2008 (rd. € 241.700) bis 2011 (rd. € 157.300) um rd. €84.400. Begründet kann dieser Rückgang mit den gesunkenen Zinsen werden. Lag der 3-Monats-Euribor im Jahr 2008 noch bei 4,5 % bis 5 %, so fiel dieser im Jahr 2011 auf 1 % bis 1,4 %. Im Jahr 2012 ging der Kurs des 3-Monats-Euribor noch einmal deutlich von 1,3 % auf derzeit (August 2012) 0,4 % zurück, womit 2012 die Zinsen abermals rückläufig sein werden. Wie lange diese Ausnahmesituation der geringen Zinsen anhält, lässt sich seriös nicht bewerten.

Ein Anstieg der Zinsen ist in näherer Zukunft aber wieder wahrscheinlich, sodass von der derzeit positiven Wirtschaftsführung keinesfalls abgewichen werden darf.

Wasserversorgung



Die Wasserversorgung konnte in den letzten Jahren immer positiv abschließen. Der Grund für die hohe Wirtschaftlichkeit liegt einerseits beim günstigen Betrieb der Eigenanlage und andererseits ist ein sehr hoher Anschlussgrad von rd. 99,7 % gegeben.

Die Interessentenbeiträge wurden jährlich der Rücklage zugeführt oder für Investitionen im ordentlichen Haushalt (mangels außerordentlicher Bauvorhaben) verwendet. Die Betriebsüberschüsse verblieben jährlich zur Senkung des allgemeinen negativen Budgetergebnisses im ordentlichen Haushalt.

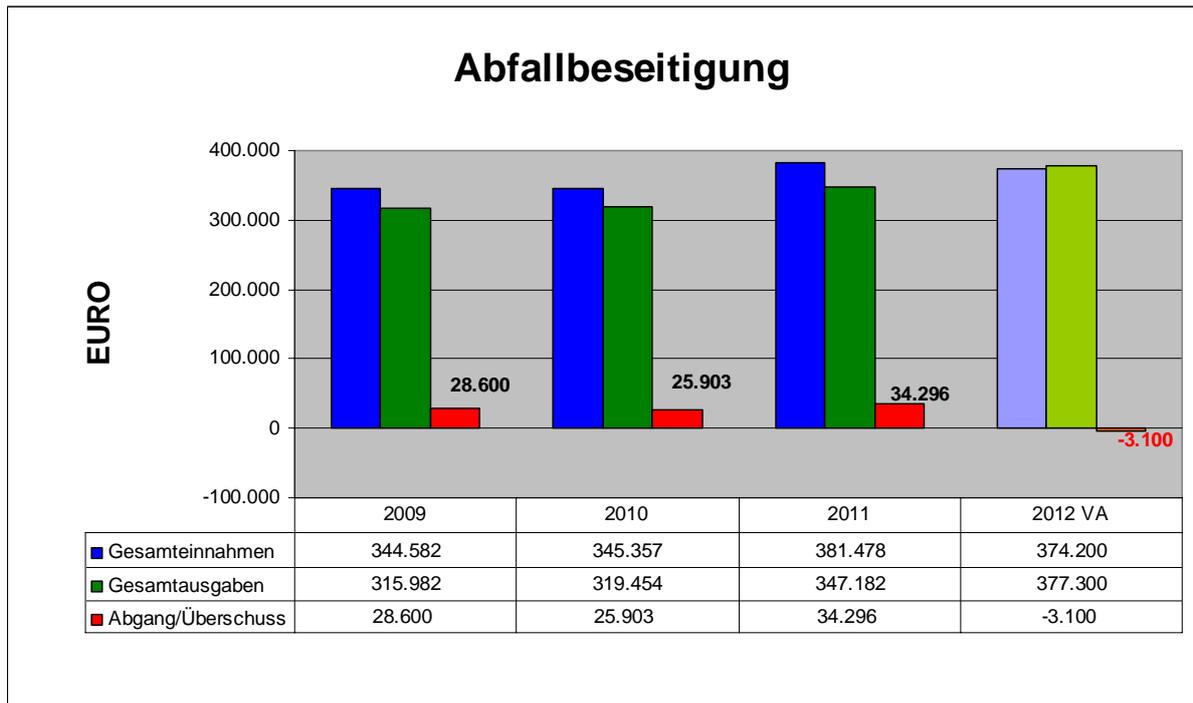
Im Jahr 2011 wurde eine Benützungsgebühr von rd. € 1,32 je m³ (netto) verbrauchten Wassers verrechnet und diese entsprach somit dem vorgegebenen Mindestsatz von € 1,31. Für das Jahr 2012 blieb die Benützungsgebühr gleich, womit die angehobene Mindestgebühr von € 1,35 (2012) nicht erreicht wird. Inklusive dem Zuschlag für Abgangsgemeinden von € 0,20 liegt die eingehobene Benützungsgebühr um € 0,23 unter der vom Land OÖ festgesetzten Mindestgebühr. Eine Anhebung der Benützungsgebühr auf den Mindestsatz ist nicht möglich, da die derzeit eingehobene Benützungsgebühr bereits 200 % des Jahreserfordernisses entspricht und eine weitere Anhebung gesetzlich nicht gedeckt ist.

Die eingehobene Mindestanschlussgebühr entsprach jährlich dem Mindestsatz des Landes OÖ (2012 € 1.792 netto).

Es wird auch eine Bereitstellungsgebühr von € 40 pro Jahr (netto) für unbebaute Grundstücke, die an die Wasserleitung angeschlossenen sind, eingehoben.

Die bereits seit Jahren wirtschaftliche Gebührengestaltung ist beizubehalten. Das doppelte Jahreserfordernis ist aufgrund der Unterschreitung der Mindestgebühr auch weiterhin auszuschöpfen.

Abfallbeseitigung



Im Bereich der Abfallbeseitigung konnten bis dato jeweils Überschüsse erzielt werden. Im Voranschlag 2012 ist erstmalig ein Abgang von € 3.100 veranschlagt.

Der Überschuss im Jahr 2011 in der Höhe von € 34.300 wird durch eine nicht eingegangene Rechnung von rd. € 34.600 eines Entsorgungsunternehmers begünstigt. Wäre die Rechnung zeitgerecht bei der Gemeinde eingegangen und bezahlt worden, wäre 2011 ein geringer Abgang von rd. € 300 verblieben. Ohne Gegensteuerung durch die Gemeinde wird die Gebarung der Abfallbeseitigung negativ werden. Dieses Szenario ist zu vermeiden.

Zuletzt wurden die jährlichen Abfallgebühren bei vierwöchentlicher Abfuhr ab 1.4.2011 für folgende Behältnisse (brutto, inkl. 10 % USt.) neu festgesetzt.

Kunststofftonne mit 60 l	€ 132
Kunststofftonne mit 80 l	€ 148
Kunststofftonne mit 120 l	€ 168
Kunststofftonne mit 240 l	€ 294

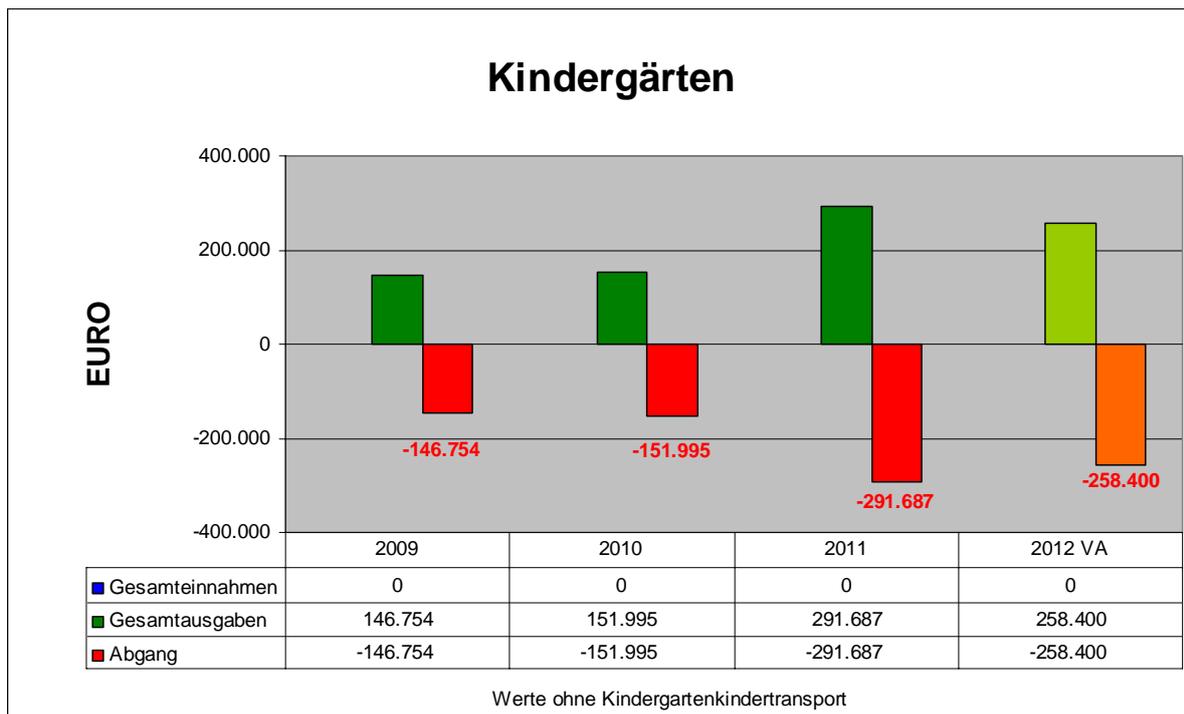
Bei diesen Gebühren ist eine 120 l bzw. eine 240 l grüne Kunststofftonne für biogene Abfälle inkludiert. Daneben gibt es auch noch eine zweiwöchentliche Abfuhr für größere Behältnisse von 770 l (€ 2.400) und 1.100 l (€ 3.400), wo zwei bzw. vier Kunststofftonnen für biogene Abfälle inkludiert sind.

Im Jahr 2012 wurde auf eine Gebührenerhöhung verzichtet, obwohl der Abfallwirtschaftsbeitrag um 11,94 %, der Abfallbehandlungsbeitrag um 2,55 % und der Sperrabfallbeitrag um 3,59 % anstiegen.

Auch 2013 ist mit einer Erhöhung der oa. Beiträge zu rechnen. Womöglich erhöht auch ein Abfuhrunternehmen die Preise, womit zusammen eine doch erhebliche Kostensteigerung die Folge sein könnte und damit die Abfallbeseitigung einen Fehlbetrag erwirtschaften würde.

In den nächsten Jahren ist bei der Abfallbeseitigung jedenfalls mindestens ausgeglichen zu wirtschaften. Dafür sind, wenn nötig, die Abfallgebühren zu erhöhen und ab 1.1.2013 jährlich eine verbraucherpreisabhängige Anpassung der Gebühren vorzunehmen. Damit wird eine jährliche moderate Anpassung der Gebühren erreicht, welche die Gebührenzahler nicht überfordert.

Kindergärten



Der siebengruppige Kindergarten wird von der Pfarrcaritas geführt und die Gemeinde bedeckt den anfallenden Abgang. Der Betrieb des Kindergartens, welcher mit zwei Standorten (Am Bräuberg – fünf Gruppen ganztags, Bauordenstraße – zwei Gruppen halbtags) geführt wird, verursacht jährlich hohe Abgänge. Der deutliche Anstieg des Fehlbetrages 2011 ist auf die Änderung der Zahlungsmodalitäten zurückzuführen. Zusätzlich zu der Abgangsdeckung von rd. € 156.700 für den Kindergartenbetrieb im Jahr 2010 wurden an den Betreiber auch 12 Akontozahlungen für das Betriebsjahr 2011 von rd. € 120.000 geleistet. Im Jahr 2012 wird der Abgang aufgrund der Vorauszahlungen auf rd. € 200.000 (VA 2012 - € 258.400) sinken. Der bereinigte Abgang für 2011 beträgt rd. € 200.600.

Im Jahr 2011 besuchten durchschnittlich 139 Kinder (Auslastung ca. 91 %) den Kindergarten. Aus dem Abgang von rd. € 200.600 errechnet sich eine Subvention der Marktgemeinde pro Kind und Jahr von durchschnittlich rd. € 1.440. Im Vergleich mit anderen Kindergärten liegt der Subventionsbetrag im üblichen Rahmen. Der Abgang je Gruppe ist von 2010 (rd. € 29.500) auf 2011 (rd. € 28.700) etwas gesunken. Die Kosten für den Kindergartenbetrieb von rd. € 4.180 pro Kind/Jahr werden zu rd. 61 % (rd. € 2.530) durch das Land OÖ, zu rd. 34 % (rd. € 1.440) durch die Gemeinde und zu rd. 5 % (rd. € 212 – vor allem Einnahmen für Verpflegung und Werkmaterial) durch die Eltern getragen.

Die Gesamtausgaben der Pfarrcaritas im Jahr 2011 von € 582.200 wurden verursacht durch Personalkosten von rd. € 504.500 (rd. 87 %); Materialaufwand von rd. € 29.600 (rd. 5 %), Betriebskosten von rd. € 24.900 (rd. 4 %), Instandhaltungen von rd. € 17.800 (rd. 3 %) und sonstigen Ausgaben von rd. € 5.400 (rd. 1 %). Von 2009 bis 2011 fielen jährlich hohe Instandhaltungskosten von € 18.000 bis € 23.000 an.

Bei den Instandhaltungsausgaben wird ein Einsparungspotenzial gesehen. Diesbezüglich sind mit der Pfarrcaritas Gespräche zu führen.

Weitere Kosten entstanden der Gemeinde aus dem Transport der Kindergartenkinder. Unter Berücksichtigung der Landeszuschüsse ergab sich in den letzten drei Jahren ein von der Gemeinde zu bedeckender Abgang von jährlich rd. € 6.230. Bei durchschnittlich 14 transportierten Kindern ergab sich für die Gemeinde im Jahr 2011 ein Aufwand pro Kind von rd. € 445, was einem hohen Kostensatz entspricht. Ab Herbst 2012 wird der Transport eingestellt, da die Mindestanzahl von sechs zu transportierenden Kinder nicht erreicht wird.

Für die Begleitperson beim Kindergartentransport wurde 2011 ein Beitrag von rd. € 26 pro Kind eingehoben.

Krabbelstube

Der Betrieb der Krabbelstube durch die Pfarrcaritas wurde im Herbst 2010 aufgenommen. Im Jahr 2011 wurde eine Gruppe mit zehn Kindern, die zwischen 1,5 bis 3 Jahre alt waren, geführt bzw. betreut.

Im Jahr 2011 hatte die Gemeinde an die Pfarrcaritas eine Zahlung von rd. € 44.000 (€ 23.000 Akontozahlung für 2011 und € 21.000 Abgangsdeckung 2010) geleistet. Inklusive der bei der Gemeinde angefallenen Ausgaben von rd. € 3.300 ergibt sich ein Jahresaufwand von rd. € 47.300. Abzüglich der Leistungen für das Jahr 2010 ergibt sich für 2011 eine Abgangsdeckung von rd. € 33.000. Bei zehn betreuten Kindern errechnet sich eine Subvention pro Kind und Jahr von € 3.300. Dieser Subventionsbetrag liegt im Durchschnitt vergleichbarer Einrichtungen.

Die maximal zehn Kinder werden von drei Bediensteten (einer pädagogischen Fachkraft – 40 Wost. und zwei Hilfskräfte – zusammen 39,5 Wost.) mit insgesamt 79,5 Wochenstunden versorgt. Die Personalkosten verursachen rd. 90 % der Gesamtausgaben.

Die Wochenöffnungszeit beträgt 40 Stunden, wobei von Montag bis Freitag täglich von 07.00 Uhr bis 15.00 Uhr durchgehend geöffnet ist. Laut OÖ. Kinderbetreuungsgesetz muss die Wochenöffnungszeit für Krabbelstubengruppen mindestens 30 Stunden betragen. Damit erbringt die Gemeinde ein Angebot, das ca. 33 % über den gesetzlich normierten Öffnungszeiten liegt.

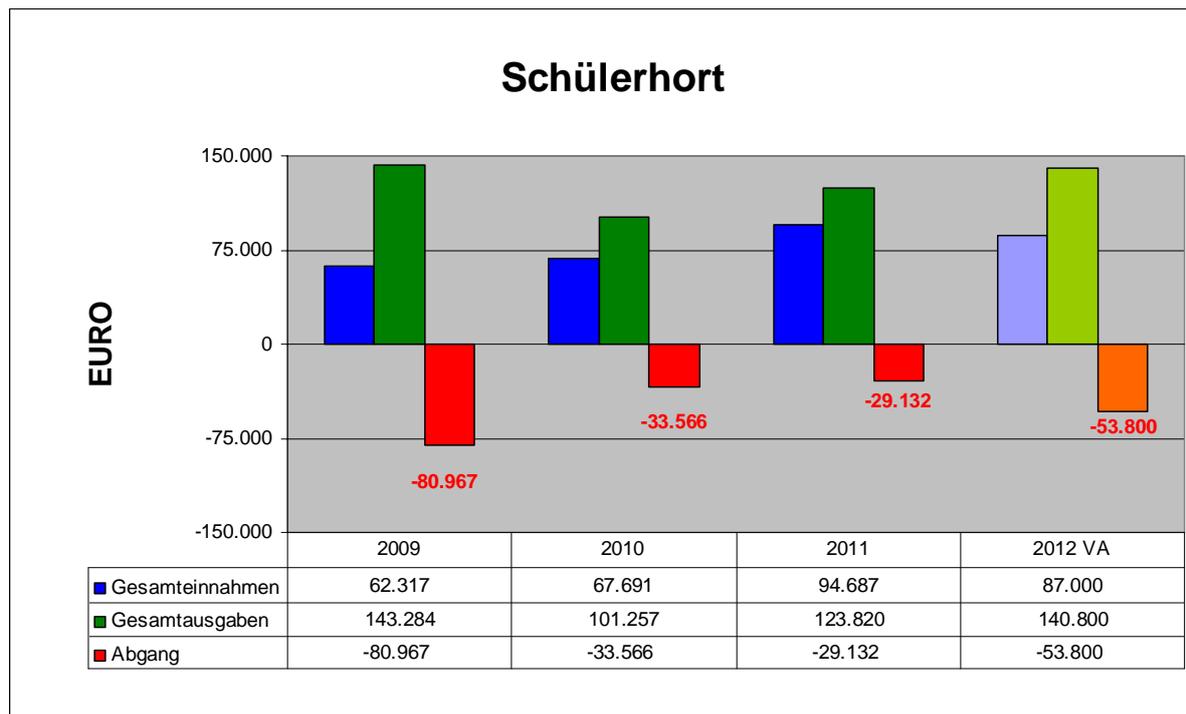
Die Gemeinde hat mit der Pfarrcaritas zu prüfen, ob der Bedarf für die ausgeweiteten Öffnungszeiten besteht bzw. ob nicht mit kürzeren Tagesöffnungszeiten das Auslangen gefunden werden kann.

Im Jahr 2011 sind Elternbeiträge von rd. € 9.100 eingenommen worden. Daraus errechnet sich bei elf Betriebsmonaten und insgesamt zehn betreuten Kindern ein monatlicher Elternbeitrag von rd. € 83 pro Kind bei einem einkommensabhängigen Mindesttarif von € 46 bzw. einem Höchsttarif von € 343. Der Beitrag bei einem 3-Tage-Besuch pro Woche beträgt 60 % und bei einem 2-Tage-Besuch 40 % des errechneten Tarifes. Kinder ab 2,5 Jahren sind gänzlich beitragsfrei.

Die von der Pfarrcaritas vorgelegten Jahresabrechnungen wurden einer Überprüfung unterzogen. Es konnte dabei ersehen werden, dass die von der Gemeinde gegebenen Subventionen nicht in den Buchhaltungsaufschreibungen der Pfarrcaritas enthalten waren. Nur im Anschreiben an die Gemeinde wurden diese bei der Aufstellung der Abgangsdeckung in Abzug gebracht. Während der Prüfung konnte nicht eruiert werden, warum diese in der Buchhaltung fehlten.

Für die Vollständigkeit der Buchhaltung ist es notwendig, dass alle erhaltenen Zahlungen in den Rechenwerken des Trägers auch aufscheinen. Die Gemeinde hat die Pfarrcaritas darauf hinzuweisen, dass die Buchhaltung künftig alle Einnahmen aufweisen muss.

Schülerhort



Der von der Gemeinde in zwei Gruppen geführte Schülerhort verursachte von 2009 bis 2011 einen Fehlbetrag von rd. 143.700 bzw. durchschnittlich jährlich €47.900 auf. Für das Jahr 2012 wurde ein Abgang von €53.800 veranschlagt.

Es ergaben sich in den Jahren 2009 bis 2012 folgende Ausgaben- bzw. Einnahmenpositionen:

	2009	2010	2011	2012	% Anteil
Materialaufwand	1.877,85	2.308,01	2.256,40	3.000,00	1,82
Lebensmittel	7.799,70	9.753,93	12.458,62	13.000,00	10,06
Personalkosten	131.322,69	86.292,79	102.620,17	120.900,00	82,88
Betriebskosten	2.283,35	2.902,05	6.484,34	3.900,00	5,24
Summe AUSGABEN	143.283,59	101.256,78	123.819,53	140.800,00	100,00
Elternbeiträge	14.457,20	15.648,42	17.969,13	17.000,00	18,98
Essensbeiträge Eltern	8.021,29	9.915,19	11.345,23	10.000,00	11,98
Landesbeiträge	34.097,00	42.127,20	65.372,80	60.000,00	69,04
Ersatz Altersteilzeit	5.741,02	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe EINNAHMEN	62.316,51	67.690,81	94.687,16	87.000,00	100,00

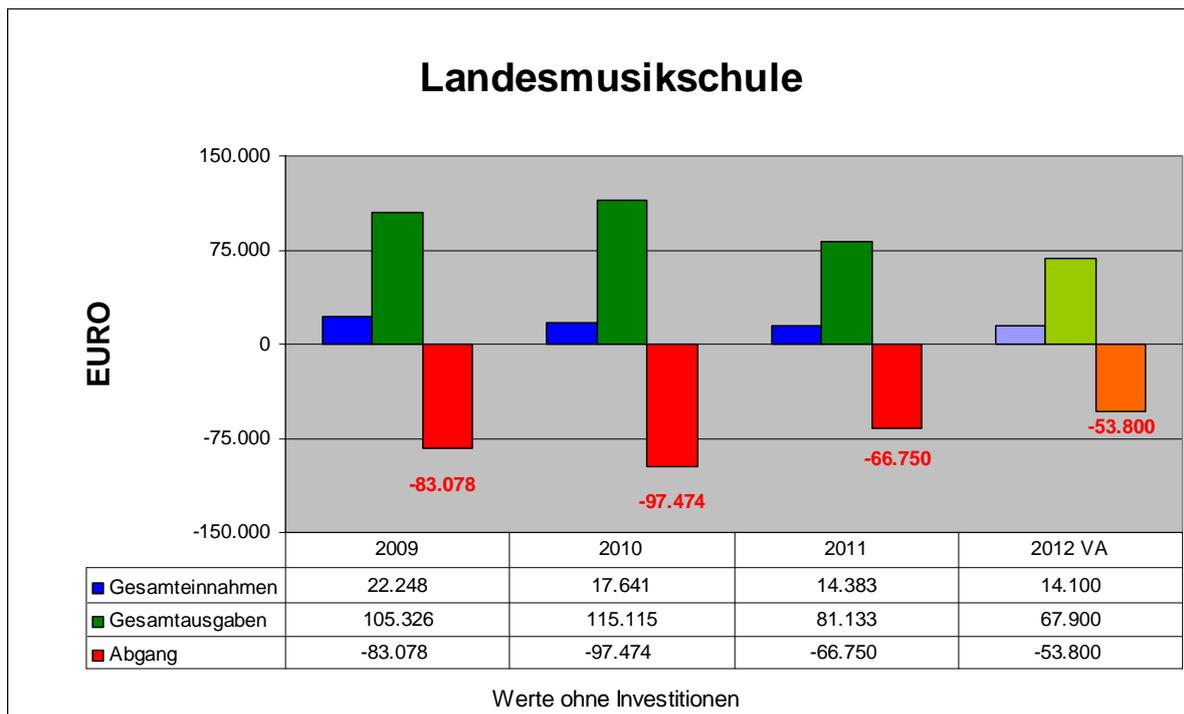
Die Aufwendungen für Lebensmittel konnten mit den Essensbeiträgen der Eltern bedeckt werden.

Der Personalkostenanteil an den Gesamtausgaben beträgt rd. 83 % bzw. bei Herausrechnung der Lebensmittel rd. 92 %. Damit sind die Personalkosten von rd. €102.600, die Betriebskosten (€ 6.490) und der Materialaufwand (€ 2.260) hauptverantwortlich für den jährlichen Abgang.

Für 2012 ist aufgrund einer Jubiläumsszuwendung eine Personalkostenerhöhung von rd. 20 % veranschlagt.

Nach exakter Zuteilung der Landesförderungen auf die jeweiligen Rechnungsjahre errechnet sich eine Subvention pro Kind und Jahr von rd. €1.060 für 2010 bzw. €900 für 2011. Damit lagen die Subventionsbeträge im Durchschnitt vergleichbarer Einrichtungen.

Landesmusikschule



Die Landesmusikschule wurde mittels Leasingfinanzierung neu errichtet und im Jahr 1994 in Betrieb genommen. Die Leasingfinanzierung belastete den Haushalt bis 2010 mit jeweils jährlich rd. € 40.000 bis € 49.000. Im Jahr 2011 sank die Belastung auf € 10.200 und 2012 fallen die Zahlungen gänzlich weg.

Der Abgang im Voranschlag 2012 ist dadurch mit rd. € 53.800 geringer angesetzt.

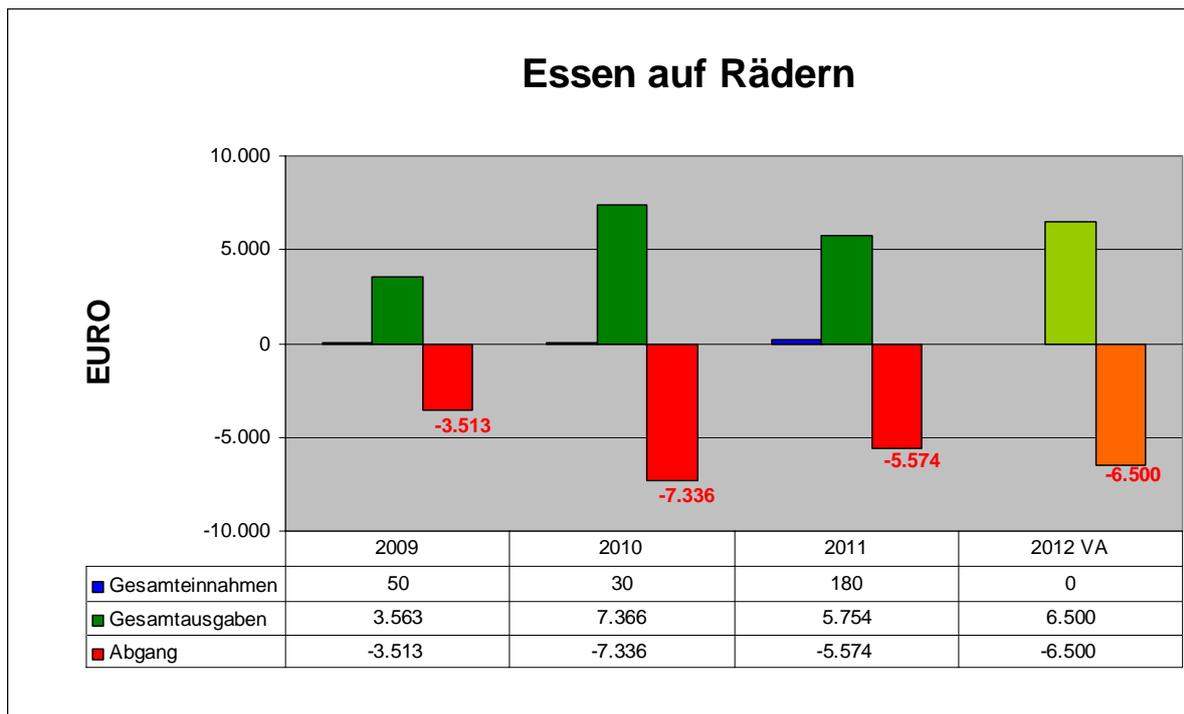
Trotz der neuen Bausubstanz mussten in den Jahren von 2005 bis 2010 hohe Instandhaltungsausgaben von rd. € 30.000 getätigt werden. In gleicher Höhe fielen auch Vergütungen für die geleisteten Stunden der Bauhofarbeiter an, welche die Instandhaltungsmaßnahmen bzw. sonstige Arbeiten durchführten. Auch im Jahr 2012 sind für beide Positionen wieder Ausgaben von rd. € 12.500 vorgesehen.

Neben den Instandhaltungsausgaben (€ 14.000 inkl. Vergütungen), den Leasingzahlungen (€ 8.000 letztmalig im Jahr 2011) bildeten vor allem die Personalkosten für die Reinigungskraft von rd. € 30.000 und die anfallenden Betriebskosten (Heizung, Strom, Kanal, Wasser, Versicherung und Sachaufwand) von rd. € 20.000 den Hauptteil an den Betriebsaufwendungen für 2011. Auch werden jährlich Druckwerke bzw. geringwertige Wirtschaftsgüter um rd. € 4.000 angekauft.

Im Schuljahr 2010/2011 besuchten rd. 433 Schüler die Landesmusikschule, wovon nur 153 (rd. 35 %) aus der Gemeinde Stadl-Paura stammten. Der durchschnittliche Abgang je Musikschüler betrug im Jahr 2011 rd. € 190. Durch die Beiträge anderer Gemeinden (rd. € 14.250) sank der pro Kopf Abgang auf rd. € 160, womit dieser über dem Durchschnitt vergleichbarer Einrichtungen liegt. Bei gleichbleibender Schüleranzahl errechnet sich laut Voranschlag 2012 ein möglichen Abgang je Schüler in Höhe von rd. € 130.

Die Ausgaben für Instandhaltungen/Vergütungen sind deutlich zurückzunehmen. Bei größeren Aufträgen (z.B. Service Brandschutzklappen) sind künftig mehrere Angebote einzuholen. Auch bei den Anschaffungen für geringwertige Wirtschaftsgüter, Büromittel und Druckwerke sind Einsparungen vorzunehmen.

Essen auf Rädern



Die Aktion Essen auf Rädern besteht seit 1992 und wird seit Juli 2007 von einem privaten Altenheimbetreiber durchgeführt. Dabei werden sämtliche Leistungen (Herstellung der Menüs, Transport und Inkasso) von der privaten Organisation erbracht. Der Preis für ein Mittagessen, bestehend aus Suppe, Hauptspeise und Nachspeise beträgt ab 1.1.2012 € 6,50 (inkl. 10 % MwSt.). Die Zustellung erfolgt täglich, also auch an Sonn- und Feiertagen, in der Zeit zwischen 10:30 Uhr und 12:30 Uhr.

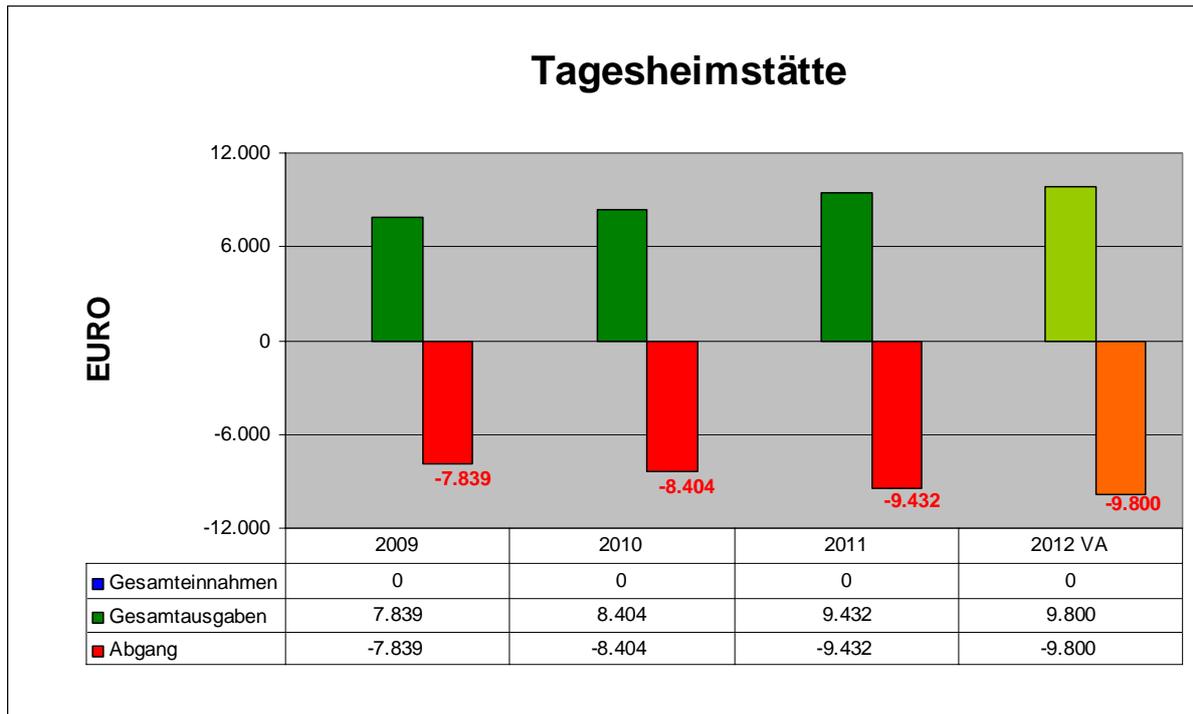
Die Gemeinde leistet an die jeweiligen Teilnehmer einkommensabhängige Zuschüsse. Die Zuschüsse werden nach entsprechendem Nachweis des Essensbezuges und des Einkommens zur Auszahlung gebracht.

Zuschüsse erhalten jene Personen, welche die maßgeblichen Ausgleichszulagenrichtsätze für die sozialen Dienste nicht überschreiten. Diese betragen im Jahr 2012 für Alleinstehende und Ehepaare € 814,82 bzw. € 1.221,68, wobei ein Zuschuss pro Portion von € 1,63 gegeben wird. Es gibt noch zwei weitere einkommensabhängige Abstufungen (€ 914,82 bzw. € 1.321,68 und € 1.014,82 bzw. € 1.421,68 mit geringeren Zuschüssen von € 0,82 bzw. € 0,41 je Portion). Personen, die diese Einkommensgrenzen überschreiten, erhalten keine Zuschüsse.

Im Jahr 2011 wurden durchschnittlich 45 Personen mit ca. 12.200 Portionen versorgt, wobei ca. 12 Personen für 4.318 Portionen (bzw. 35 %) einen Zuschuss erhielten. Demnach errechnet sich bei einem Jahreszuschussbetrag von rd. € 5.523 und 4.318 Portionen ein durchschnittlicher Zuschuss pro Portion von rd. € 1,28.

Umgerechnet auf die Gesamtportionsanzahl errechnen sich Kosten für die Gemeinde von € 0,45 je Portion. Der Kostenfaktor kann im Vergleich mit anderen Gemeinden als günstig angesehen werden.

Tagesheimstätte

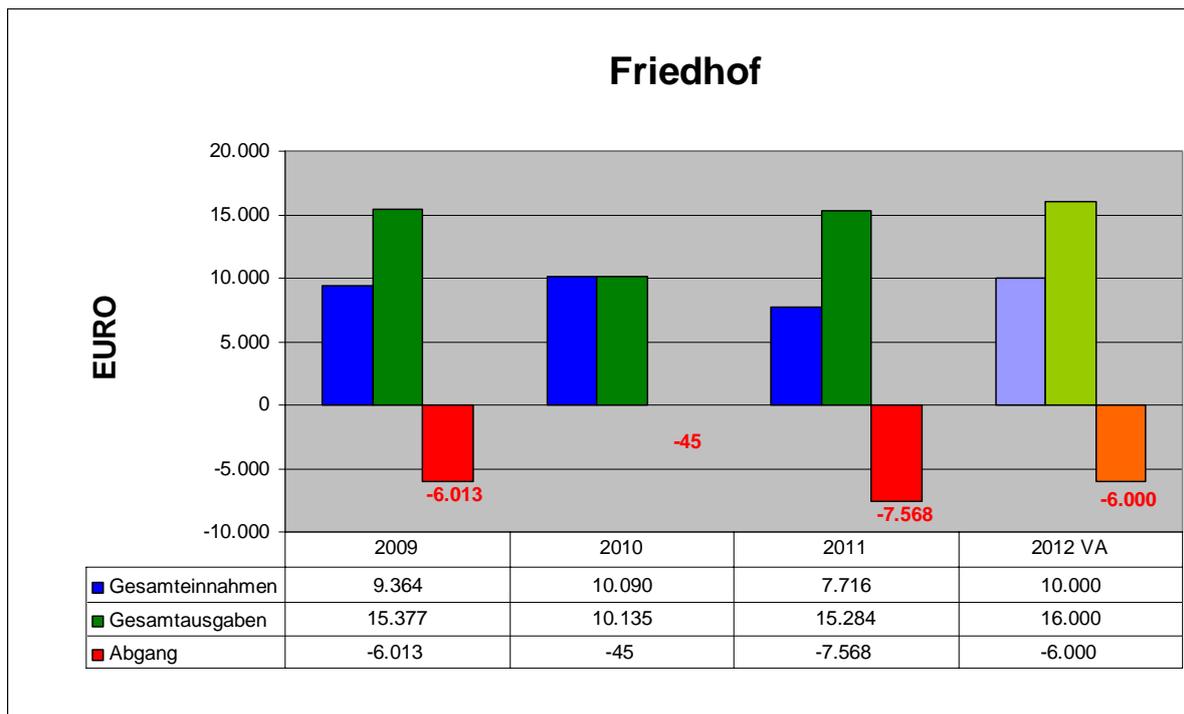


In der Gemeinde ist eine Tagesheimstätte (Seniorentreff) seit dem Jahr 2000 eingerichtet, welche von einem Verein (Stadlinger Seniorentreff) geführt wird. Der Seniorentreff befindet sich neben dem Objekt "Betreubares Wohnen". Laut Gemeinde waren die Aufenthaltsräume in der Wohnanlage "Betreubares Wohnen" für einen Tagesheimstättenbetrieb zu klein. Daher hat die Gemeinde zwei Wohnungen im Ausmaß von zusammen rd. 116 m² von einer Wohnungsgesellschaft angemietet, welche als Räumlichkeiten für die Seniorenbetreuung dienen. Geöffnet ist der Seniorentreff am Montag, Mittwoch (jeweils 15.00 Uhr bis 19.00 Uhr) und Freitag (14.00 Uhr bis 19.00 Uhr). Die wöchentliche Öffnungszeit beträgt 13 Stunden und an Feiertagen ist geschlossen.

Den Ausschank von kostengünstigen Getränken und Speisen bzw. auch die Reinigung der Räumlichkeiten erledigt der Verein. Mit den Einnahmen des Ausschanks finanziert der Verein die Aufwendungen für Instandhaltungen, für Versicherungen, für Aktivitäten und die Ausgaben für den laufenden Betrieb.

Die Gemeinde trägt die jährlichen Miete für die zwei ehemaligen Wohnungen (rd. € 7.770); die Betriebskosten (rd. € 1.350) und die Stromkosten (rd. € 300). Diese drei Kostenfaktoren ergeben den jährlich von der Gemeinde zu deckenden Abgang.

Friedhof



Der Betrieb der Einsegnungshalle erwirtschaftete – mit Ausnahme des Jahres 2010 - jährlich einen hohen Abgang zwischen € 6.000 bis € 8.000. Im Jahr 2007 musste aufgrund von Baumaßnahmen (Sanierung Vorplatz, rd. € 20.000) sogar ein Abgang von € 27.700 hingenommen werden. Für das Jahr 2012 ist ein Abgang von € 6.000 veranschlagt.

Der Grund für die Abgänge sind die niedrigen Gebühren, welche kein kostendeckendes Niveau aufweisen. Damit muss der jährliche Fehlbetrag durch die Gemeinde bzw. durch das Land OÖ finanziert werden.

Folgende Tarife gelangten im Jahr 2011 zur Vorschreibung:

Aufbahrungshalle Erwachsener	€ 133
Aufbahrungshalle Kind	€ 66
Reinigung der Aufbahrungshalle	€ 76
Kühlraumbenützung pro Tag	€ 26

Die Gebühren für die Aufbahrungshalle (Erwachsener, Kind) sind Pauschalen, welche nicht auf die Zeitdauer abstellen und eine Unterdeckung von rd. € 5.000 aufweisen. Auch die Reinigungspauschale weist eine Unterdeckung von rd. € 2.000 auf.

Die Einsegnungshalle ist künftig mindestens ausgabendeckend zu führen. Dafür sind ab 1.1.2013 die Gebühren „Aufbahrungshalle Erwachsener“ auf € 310 und „Reinigung der Aufbahrungshalle“ auf € 125 anzuheben. Alle anderen Tarife sind gemäß Indexsteigerung anzuheben. Ausgaben für Investitionen sind auf ihre Lebensdauer bzw. auf mindestens zehn Jahre zu finanzieren, damit der Haushalt im Jahr der Investition nicht übergebührlig belastet wird. Dieses gilt auch für den Urnenfriedhof, wo die Finanzierung von künftigen Investitionen auf mehrere Jahre zu verteilen ist.

Der Urnenfriedhof hat von 2005 bis 2011 einen Gesamtabgang von € 14.200 bzw. jährlich rd. € 2.000 verursacht. Der Abgang resultiert aus getätigten Investitionen von rd. € 18.000, welche keine Bedeckung in den Gebühren fanden.

Die Gebühren sind so zu gestalten, dass auch erforderliche Investitionen mittel- bzw. langfristig ihre Deckung finden. Hier ist besonders bei den zehnjährigen Urnengrabgebühren (derzeit zwischen € 148 und € 181) eine Anpassung in Richtung Kostendeckung vorzunehmen.

Gemeindevertretung

Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss hat in der Vergangenheit mit jährlich vier Prüfungen seinen gesetzlichen Prüfungsauftrag nicht ausreichend erfüllt. Erst seit 2011 werden jährlich fünf Sitzungen abgehalten.

Im Sinne des § 91 Abs. 3 Oö. Gemeindeordnung 1990 ist die Überprüfung der Gebarung nicht nur an Hand des Rechnungsabschlusses, sondern auch im Laufe des Haushaltesjahres, und zwar wenigstens vierteljährlich, vorzunehmen. Als Mindestmaß sind daher jährlich fünf Prüfungen notwendig.

Die Prüftätigkeit des Prüfungsausschusses erstreckte sich auf viele Aufgabenbereiche der Gemeinde, wobei hier meistens Informationen der jeweiligen Sachbearbeiter der Gemeinde die Grundlage waren. Eine effiziente Kontrolltätigkeit, deren Inhalt auch die Unterbreitung von Vorschlägen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Ergebnisse zum Ziel hat, war sichtbar.

Der Prüfungsausschuss hat weiterhin die finanziellen Bewegungen der Gemeindegebarung zu kontrollieren, Vorschläge zur Verbesserung der Gemeindefinanzen zu erarbeiten und dabei auch Belegprüfungen vorzunehmen.

Sitzungsgeldverordnung

Vom Gemeinderat wurde im Mai 1998 eine Sitzungsgeldverordnung beschlossen, in welcher geregelt ist, dass für die Teilnahme der Mitglieder an Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates, der Ausschüsse und für die Vorsitzführung durch den Obmann eines Ausschusses 1 % (ds. € 39,20) des Bezuges des Bürgermeisters vierteljährlich im nachhinein als Sitzungsgelder ausbezahlt werden.

Die maximale gesetzliche Höchstgrenze von 3 % wird nicht überschritten. Im Jahr 2011 wurden Zahlungen von rd. € 15.000 für Sitzungsgelder geleistet.

Verfüungsmittel und Repräsentationsausgaben

Die Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben des Bürgermeisters sind in den letzten drei Jahren sparsam und innerhalb der vom Gemeinderat veranschlagten Höhe ausgenützt worden. Dies entspricht einer Inanspruchnahme von durchschnittlich rd. 51 % der gesetzlich möglichen Höchstgrenze.

Die jährliche Inanspruchnahme war wie folgt:

	2009	2010	2011
Verfügungsmittel			
mögl. Höchstgrenze lt. Oö. GemHKRO	22.091,70	22.317,90	23.430,60
festgesetzte Höchstgrenze lt. Voranschlag	14.300,00	14.000,00	14.000,00
getätigte Ausgaben in Euro	14.130,92	13.132,38	13.119,94
Inanspruchnahme in %	98,82	93,80	93,71
Repräsentationsmittel			
mögl. Höchstgrenze lt. Oö. GemHKRO	11.045,85	11.158,95	11.715,30
festgesetzte Höchstgrenze lt. Voranschlag	3.600,00	3.600,00	3.600,00
getätigte Ausgaben in Euro	3.595,52	3.207,07	3.572,47
Inanspruchnahme in %	99,88	89,09	99,24

Die maßgebliche Ausgabengrenze, welche vom Bürgermeister eingehalten werden muss, legt jedoch der Gemeinderat im Voranschlag fest.

Der vom Gemeinderat im Voranschlag vorgegebene Höchststrahmen wurde im gesamten Zeitraum (2009 bis 2011) durchschnittlich zu rd. 72 % in Anspruch genommen. Zuletzt im Jahr 2011 sind für beide Zwecke rd. € 16.700 bzw. rd. € 3,20 je Einwohner ausgegeben

worden. 2010 waren dies nur rd. € 16.340, woraus sich für das Jahr 2011 eine höhere Inanspruchnahme von rd. € 360 errechnet.

Die Verfügungsmittel stehen dem Bürgermeister zur Leistung von nur geringfügigen Ausgaben, die der Art nach im ordentlichen Voranschlag nicht aufscheinen, aber auch der Erfüllung von Gemeindeaufgaben dienen, zur Verfügung. Die Mittel führen aber nicht zur Begründung eines generellen Sonderkontos und unterliegen allen allgemeinen Budgetgrundsätzen (z.B. Sparsamkeit, etc.), der Belegpflicht und auch den zuständigen Kontrollinstanzen. Mit den Verfügungs- bzw. Repräsentationsmitteln dürfen nicht Ausgaben für den gleichen Zweck zu Lasten verschiedener Haushaltsstellen verrechnet werden. Der Bürgermeister ist somit auf Zwecke beschränkt, für die der Gemeinderat nicht schon selbst im Voranschlag gesorgt hat.

Die Personalvertretung der Gemeinde erhält bereits seit Jahren aus den Verfügungsmittel des Bürgermeisters Zahlungen von jährlich rd. € 10.400 bis € 12.300. Dieser Geldbetrag wurde von der Personalvertretung verwaltet. Diese Zahlungen sind aufgrund der Art und ihrer Höhe keinesfalls als Verfügungsmittel zu werten. Eine Auszahlung unter diesem Titel widerspricht den allgemein gültigen Vorgaben. Den jährlichen Auszahlungen liegt weder ein Beschluss des Gemeinderates zu Grunde, noch ist keine Zahlungsverpflichtung der Gemeinde gegeben. Den Zahlungen für 2010 und 2011 liegen Vereinbarungen aller Fraktionen zu Grunde.

Hinsichtlich der Zahlungen an die Personalvertretung wird darauf hingewiesen, dass für diese Zahlungen keine rechtliche Grundlage besteht. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation der Gemeinde sind die jährlichen Zahlungen an die Personalvertretung umgehend einzustellen.

Weitere wesentliche Feststellungen

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Im Bereich der Förderungen und freiwilligen Ausgaben blieb die Gemeinde in den letzten Jahren in einem annehmbaren Rahmen.

In den Jahren 2010 bzw. 2011 waren die Ausgaben mit jeweils rd. € 70.700 bzw. € 71.000 gegeben. Daraus errechnet sich ein Betrag pro Einwohner von rd. € 13,60 bzw. € 13,70. Damit lag die Gemeinde in beiden Jahren unter dem vom Land OÖ festgesetzten Richtsatz von € 15 je Einwohner. Für das Jahr 2012 ist ein Betrag von rd. € 71.700 veranschlagt.

Die höchsten Beiträge im Jahr 2011 entfielen auf die Bereiche Sport (€ 18.700), Feiern, Feste und Ehrungen (€ 16.100), Jugend/Familie (€ 9.700), Musik (€ 7.900), Schule (€ 7.600) und Wirtschaft (€ 6.000). Vergütungen für eventuell freiwillig erbrachte Bauhofleistungen wurden nicht eruiert.

Aufgrund der geringen Einnahmen von den Ausstellern (meist Vereine bzw. örtliche Organisationen) ist auch der Abgang des jährlichen Adventmarktes als freiwillige Leistung an die jeweiligen Standbetreiber zu werten. Damit erhöhen sich die freiwilligen Ausgaben auf rd. € 16,90 (2010) bzw. € 17,70 (2011) je Einwohner. Folglich lagen die Förderungen der Gemeinde in beiden Jahren um rd. € 9.500 bzw. € 13.900 über dem vom Land OÖ festgesetzten Richtsatz.

Die Gemeinde hat künftig ihre Förderungen und freiwilligen Ausgaben inklusive Einrechnung des Abganges Adventmarkt auf max. € 15 pro Einwohner zu reduzieren. Insbesondere der Fehlbetrag für den Adventmarkt ist durch geeignete Maßnahmen deutlich zu reduzieren. Generell wird darauf hingewiesen, dass Förderungen nachhaltig und wirkungsorientiert zu vergeben sind.

Feuerwehrwesen

Im Gemeindegebiet gibt es eine Feuerwehr. Bei den Mitgliedern wird unterschieden in Jugend (10 - 16 Jahre), in Aktive (16 - 65 Jahre) und in Reserve (über 65 Jahre). Die Feuerwehr hat insgesamt 79 Mitglieder.

Jugend	Aktive	Reserve
10	64	5

Die Abgänge im ordentlichen Haushalt wiesen in den letzten drei Jahren eine fallende Tendenz auf. Dies war auch notwendig da im Jahr 2009 mit rd. € 146.300 (€ 28 pro Einwohner) der höchste Abgang (Generalservice Hubsteiger € 36.000) hingenommen werden musste. Im Jahr 2010 beliefen sich die Kosten für den Feuerwehrbereich auf rd. € 115.000 (€ 22 pro Einwohner) und 2011 ging der Abgang auf rd. € 108.100 (€ 20,80 pro Einwohner) zurück. Der Grund für den Rückgang waren verbuchte Einnahmen für den FF-Fahrzeugeinsatz bei anderen Einrichtungen der Gemeinde von rd. € 10.700. Im Jahr 2012 ist ein Abgang von rd. € 103.500 (€ 20 pro Einwohner) veranschlagt.

Mit dem Abgang je Einwohner von rd. € 20 liegt die Gemeinde über dem bezirksweiten Durchschnitt von € 12 pro Einwohner. Der höhere Abgang 2011 wurde durch vorgenommene Investitionen (Neubau Nebengebäude) in der Höhe von rd. € 19.000 verursacht, welche zudem noch als Instandhaltungsausgaben falsch verbucht wurden. Ebenso fehlte der notwendige Gemeindevorstandsbeschluss für den Neubau. Auch die Bauhofarbeiter sind im Zuge des Bauvorhabens stärker beansprucht worden, sodass höhere Vergütungsleistungen von rd. € 11.000 angefallen sind. Abzüglich der Leasingrate für das Rüstlöschfahrzeug von rd. € 10.500 sinkt der Aufwand für die Feuerwehr auf rd. € 14 je Einwohner.

Die im Vergleich zu anderen Gemeinden höheren Kosten sind darauf zurückzuführen, dass insgesamt vier Stützpunktbereiche (Hubsteiger, Taucher, Gas und Wasserwehr) abgedeckt und dadurch auch mehr Gerätschaften bzw. Fahrzeuge in Betrieb (acht Fahrzeuge, zwei Boote) gehalten werden müssen. Daneben ist auf Grund der breiten Aufgabenpalette ein hauptamtlicher Gerätewarte mit 20 Wochenstunden (Kosten von € 21.400) beschäftigt.

Die im Voranschlag 2012 festgelegte Ausgabenhöhe von € 108.600 darf nicht überschritten werden. Die Investitionen bzw. Instandhaltungen sind sparsam zu tätigen und die notwendigen Beschlüsse sind künftig einzuholen.

Seit 1.1.2012 werden die kostenpflichtigen Einsätze von der Gemeinde verrechnet.

Die Einnahmen für Fahrzeuge und Gerätschaften stellen Einnahmen der Gemeinde dar und sind daher dem Gemeindebudget zuzuführen. Die für die Mannschaft eingehobenen Entgelte können den Feuerwehren zur Verfügung gestellt werden.

Adventmarkt

In der Gemeinde findet jährlich am 1. Adventwochenende ein Adventmarkt ("Stadlinger Advent") statt. Geöffnet ist der Adventmarkt am Samstag von 14.00 Uhr bis 20.00 Uhr (sechs Stunden) und am Sonntag von 11.00 Uhr bis 18.00 Uhr (sieben Stunden). Als Veranstaltungsort dient der Bereich der Landesmusikschule, das Musikheim samt dem dazugehörigen Freigelände sowie der Parkplatz gegenüber dem Musikheim.

Im Zuge dieser Veranstaltung entsteht der Gemeinde jährlich ein hoher Abgang, welcher durch allgemeine Steuermittel finanziert werden muss. Folgende Abgänge verblieben:

Jahr	2008	2009	2010	2011	VA 2012
Abgänge	-32.282,36	-30.217,70	-16.510,32	-20.639,13	-16.700,00

Die Abgänge (z.B. 2011) ergaben sich, weil der Gemeindebauhof die gesamten Aufbauten erledigt (Bauhofstunden rd. € 13.000) bzw. auch sonst alle Ausgaben trägt (Organisation,

Werbung, Hüttenmieten, Stromkosten, etc. rd. € 11.000) und die Aussteller nur geringe Beiträge für Verkaufsstände bzw. Standgebühr (rd. € 3.400) leisten müssen.

Bemerkt muss auch werden, dass der Aufwand des Bauhofs als überzogen angesehen werden kann. Bei einer Auf- (Freitag 14.00 Uhr bis 20.00 Uhr, Samstag 06.00 Uhr bis 12.00 Uhr) und Abbaizeit (Sonntag von 18.00 Uhr bis Montag 12.00 Uhr) von insgesamt rd. 20 Stunden werden von den Bauhofarbeitern rd. 500 Arbeitsstunden verrechnet. Hochgerechnet auf eine 40 Wochenstunde kommt dies einer Arbeitszeit für einen Arbeiter von über 12 Wochen bzw. drei Monaten gleich.

Die Abgänge des Adventmarktes müssen künftig stark reduziert bzw. gänzlich vermieden werden. Dafür sind die Arbeitszeiten des Bauhofs dementsprechend zu reduzieren bzw. die Aufbauarbeiten anders zu organisieren.

Weiters sind die Gebühren für die Aussteller dementsprechend anzuheben, sodass alle anfallenden Kosten damit finanziert werden können. Eventuell verbleibende Abgänge werden zukünftig in das maximale Fördervolumen (€ 15 – Erlass) eingerechnet.

Instandhaltungen und Investitionen

Die getätigten Investitionen im ordentlichen Haushalt betragen im Jahr 2009 rd. € 57.100, 2010 rd. € 62.800 und 2011 rd. € 91.400. Für das Jahr 2012 wurden Investitionen von rd. € 30.300 veranschlagt, welche mit rd. € 30.000 fast zur Gänze auf die Bereiche Wasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung entfallen.

Auch in den Vorjahren wurde vermehrt bei den öffentlichen Einrichtungen investiert, welche durch Gebühreneinnahmen bedeckt sind. Die Investitionen, welche aus dem ordentlichen Haushalt finanziert werden mussten, waren in den letzten Jahren gering (2009 - € 39.400, 2010 - € 16.600, 2011 - € 29.400 und voraussichtlich 2012 € 300).

Die mit der Aufsichtsbehörde nicht abgesprochenen Investitionen betragen 2011 rd. € 18.700. Die im Voranschlagserlass festgesetzte Höchstgrenze für Investitionen im ordentlichen Haushalt von € 5.000 wurde damit um € 13.700 überschritten. Die Überschreitung der Höchstgrenze führte dazu, dass der Überschreibungsbetrag bei der Abgangsdeckung nicht anerkannt wurde.

Um die Abgangsdeckung künftig zu 100 % zu erhalten, hat die Gemeinde die Investitionen vor ihrer Anschaffung mit der Aufsichtsbehörde abzustimmen.

Die Kosten für die Instandhaltungen waren von 2009 bis 2011 jährlich sehr hoch. Dazu wesentlich beigetragen haben vor allem die Instandhaltungsmaßnahmen bei der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und bei den Wohn- bzw. Geschäftsgebäuden, welche jedoch in Gebühreneinnahmen, Mieten bzw. Versicherungsleistungen ihre Deckung fanden.

Alle anderen Bereiche mussten aus dem ordentlichen Gemeindebudget finanziert werden, wobei auch hier die jährlichen Ausgaben sehr hoch waren (2009 - € 254.300, 2010 - € 247.600 und 2011 - € 205.400).

Nachfolgend die Instandhaltungsausgaben für die einzelnen Bereiche:

Instandhaltungen	2009	2010	2011	VA 2012
Zentralamt	30.162	39.810	15.590	12.100
Freiwillige Feuerwehr	60.493	22.742	37.566	24.000
Volksschule, Hauptschule	59.436	98.831	31.386	33.500
Kindergärten, Schülerhort, Krabbestube	203	391	2.905	600
Kulturamt	16.758	5.008	26.884	5.500
Landesmusikschule	12.363	16.213	7.894	7.500
Gemeindestraßen	0	15.604	14.862	15.000
Bauhöfe	18.464	9.184	26.029	16.500
Öffentliche Beleuchtung, Gartenanlagen	52.245	38.566	40.463	34.000

Wasserversorgung	30.949	26.227	25.087	29.200
Abwasserbeseitigung	29.620	4.094	2.720	5.700
Wohn- und Geschäftsgebäude	89.453	86.274	233.210	62.000
Sonstige	4.114	1.195	1.785	2.000
Jahressummen in Euro	404.259	364.135	466.382	247.600

Bei Durchsicht der einzelnen Rechnungen war zu ersehen, dass viele als Instandhaltungen deklarierte Ausgaben eigentlich Investitionsausgaben waren und somit buchhalterisch nicht richtig dargestellt wurden. Darüber hinaus hat die Gemeinde für diese Investitionen nicht um Genehmigung durch das Land OÖ angesucht, wobei bei Abgangsgemeinden die Genehmigung verpflichtend einzuholen ist. Diese Vorgangsweise wird bereits seit einigen Jahren so praktiziert. Angeschaffte Gegenstände werden auch nicht als Gemeindeeigentum gekennzeichnet.

So wurden 2010 der Trauungssaal mit Kosten von rd. € 23.200 generalsaniert, die Fassade bei der Volksschule um rd. € 45.000 neu errichtet, die Außenjalousie bei der Hauptschule um € 17.000 erneuert, die Brandschutzklappen bei der Landesmusikschule um rd. € 4.000 gewartet und Straßenbauten um rd. € 12.000 vorgenommen. Im Jahr 2011 hat die Feuerwehr einen Anbau um rd. € 30.000 (inkl. Bauhofleistungen) getätigt. Weiters wurden die Teleskopmastbühne der FF um rd. € 5.300 repariert, im Volksheim die Notbeleuchtung bzw. die Fluchttüre um rd. € 20.000 erneuert, Straßenasphaltierungen um rd. € 12.000 vorgenommen, beim Bauhof ein neues Einfahrtsschiebetor um € 8.500 montiert bzw. der Zaun um rd. € 3.000 erneuert und ein Betonmasten inkl. Beleuchtung (Straßenbeleuchtung) um rd. € 5.000 errichtet. Den vorgenommenen Instandhaltungen (2009 und 2010) im Schulbereich in der Höhe von rd. € 110.000 standen Einnahmen aus Versicherungen von rd. € 50.000 gegenüber (Hagelschaden).

Alle diese Investitionen bzw. Instandhaltungen waren infolge des erwirtschafteten Abgangs durch keine Finanzmittel bedeckt und mussten mittels Abgangsdeckung durch das Land OÖ finanziert werden. Aufgrund der Finanzlage sind künftig massive Einsparungen bei den Instandhaltungen vorzunehmen.

Zukünftig sind die Instandhaltungen auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu beschränken und mit einem Betrag von jährlich € 100.000 (ohne Wasser-, Kanal- und Wohnbauinstandhaltungen) das Auslangen zu finden. Vor größeren Instandhaltungen (ab € 5.000) ist das Land OÖ zu kontaktieren.

Auf die richtige Verbuchung der Instandhaltungen auf Postengruppe 61 ist genau zu achten (alle Ausgaben, die dazu dienen, das Wirtschaftsgut in einem ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten). Neuanschaffungen bzw. Investitionen erfordern die Postengruppe 0.

Größere Arbeiten sind darüber hinaus im außerordentlichen Haushalt mit einer eigenen Finanzierung zu bewerkstelligen.

Alle einer Dienststelle zum dauernden Gebrauch gewidmeten Gegenstände sind, soweit dies ohne Beeinträchtigung ihrer Gebrauchsfähigkeit möglich ist, an geeigneter Stelle als Gemeindeeigentum zu kennzeichnen. Im Bedarfsfall sind auch geringwertige Wirtschaftsgüter als Gemeindeeigentum zu kennzeichnen.

Versicherungen

Der Versicherungsaufwand belief sich im Finanzjahr 2011 auf rd. € 61.200. Laut Gemeinde erfolgte eine Versicherungsanalyse und eine Neuvergabe der Versicherungsverträge im Jahr 2010, welche im Jahr 2011 mit einer Versicherungsbeitragseinsparung von rd. € 15.000 bereits die finanziellen Auswirkungen zeigte.

Die Überprüfung der Auflistung der eingegangenen Versicherungsverträge ergab, dass noch nachstehende Maßnahmen zu ergreifen sind.

Die Risikoabsicherung (Kollektivunfallversicherung) für die Gemeindevertreter und Gemeindebediensteten während der Ausübung ihrer Tätigkeit ist Sache jedes Einzelnen. Eine Kündigung ist daher ins Auge zu fassen. Kaskoversicherungen für FF-Fahrzeuge bzw. sonstige Gemeindefahrzeuge (z.B. Jumper Pritsche) werden nicht anerkannt und sind daher

auf eine normale Haftpflichtversicherung umzuwandeln. Vor allem bei älteren Verträgen (ab drei Jahren) ist immer wieder ein Einsparungspotenzial zu prüfen.

Vorhaben im außerordentlichen Haushalt

Allgemeines

Der außerordentliche Haushalt zeigte zum Ende des Finanzjahres 2011 im Rechnungsabschluss einen Überschuss von rd. € 59.900. Bei den insgesamt 11 Vorhaben zeigten drei ein positives, eins ein negatives und sieben ein ausgeglichenes Ergebnis.

Der außerordentliche Haushalt befindet sich in einem geordneten Zustand und stellt kein finanzielles Problem für die Marktgemeinde dar.

Nachstehend die im Rechnungsabschluss 2011 aufscheinenden Vorhaben:

	Vorhaben bzw. Maßnahme	2011
1	Ankauf Rüstlöschfahrzeug RLFA 2000	0,00
2	Erneuerung Lift Hauptschule	0,00
3	Schaffung 2. Hortgruppe (prov.in VS)	0,00
4	Sanierung Asphaltstockbahnen ESV	0,00
5	Projekt Salzstadeln und Traunuferweg	30.000,00
6	Sanierung Gemeindestraßen 2006-2009	16.478,92
7	Sanierung Traunsteg	-30.538,70
8	Ersatzbeschaffung Kleintraktor Bauhof	0,00
9	Grundankauf Errichtung ASZ	0,00
10	Kinderspielplatz Guttenbrunnssiedlung	0,00
11	Kanal BA13 Erweiterung Zieglerfeld	43.919,32
	Überschuss im Rechnungsabschluss 2011	59.859,54

Bei den insgesamt 11 Vorhaben waren sehr viele bereits abgeschlossen bzw. ausfinanziert.

Im außerordentlichen Haushalt muss der Gemeinde eine wirtschaftliche und weitsichtige Ausgabenpolitik bestätigt werden.

Abgeschlossene Vorhaben

Ankauf Rüstlöschfahrzeug RLFA 2000

Für den Ankauf des Rüstlöschfahrzeuges 2000 der FF Stadl-Paura fielen von 2010 bis 2011 Gesamtausgaben von € 329.340 an. Die Finanzierung erfolgte mit € 200.000 Bedarfszuweisungen des Landes OÖ, mit € 100.000 Zuschuss des Oö. Landesfeuerwehrkommandos, mit € 29.000 Beitrag der FF Stadl-Paura und € 340 Anteilsbeitrag des ordentlichen Haushalts. Für die Aufbringung des Beitrages hat die FF Stadl-Paura ein Darlehen (Laufzeit sechs Jahre) aufgenommen. Die Zinsen- und Tilgungszahlungen des Darlehens werden der FF Stadl-Paura von der Gemeinde rückvergütet. Das Vorhaben wurde Ende 2011 ausfinanziert.

Erneuerung Lift Hauptschule

Der Lift in der Hauptschule wurde mit Kosten von € 68.160 in den Jahren 2009 bis 2010 erneuert. Die Finanzierung erfolgte mit einem Landeszuschuss und einer Bedarfszuweisung des Landes OÖ von jeweils € 23.330 und einer Darlehensaufnahme von € 21.500 (Laufzeit fünf Jahre). Das Vorhaben wurde Ende 2011 ausfinanziert.

Schaffung 2. Hortgruppe – provisorisch in der Volksschule

Aufgrund des notwendigen Bedarfs musste in Räumlichkeiten der Volksschule (ehemalige Schulküche) eine 2. Hortgruppe eingerichtet werden. Für die Ausstattung der Räumlichkeiten des Hortbetriebes mussten rd. € 10.000 aufgewendet werden. Die Finanzierung erfolgte mit

einem Landeszuschuss und einer Bedarfszuweisung des Landes OÖ von jeweils € 4.200 und einer Zuführung aus dem außerordentlichen Haushalt von rd. € 1.600. Das Vorhaben wurde Ende 2011 ausfinanziert.

Sanierung Asphaltstockbahnen ESV

Für die Sanierung der Asphaltstockbahnen erhielt der Eisstockverein im Jahr 2011 von der Gemeinde einen Zuschuss von € 3.000. Für die Auszahlung des Zuschusses erhielt die Gemeinde im gleichen Jahr eine Bedarfszuweisung des Landes OÖ von € 3.000, womit hier der Gemeinde keine Kosten verblieben.

Ersatzbeschaffung Kleintraktor Bauhof

Im Jahr 2011 musste für den bereits desolaten Kleintraktor des Bauhofs ein Ersatzgerät angeschafft werden. Der Kleintraktor wird vor allem im Winter für die Gehsteigräumung und in den Sommermonaten für die Pflege der Rasenflächen herangezogen. Die Anschaffungskosten betragen € 59.300 (inkl. Erlös für die Rückgabe des Altgerätes), welche im Jahr 2011 mit der Aufnahme eines Darlehens (Laufzeit fünf Jahre) finanziert wurden.

Für die Beschaffung wurden vier Angebote eingeholt. Mit den besten zwei Angeboten wurde ein Verhandlungsverfahren geführt, wobei schließlich der Bestbieter den Zuschlag erhielt.

Grundkauf Errichtung Altstoffsammelzentrum (ASZ)

Das auf Gemeindegrund erbaute Altstoffsammelzentrum (kurz: ASZ) wurde zu klein bzw. entsprach dieses nicht mehr dem Standard und es musste ein neuer Standort gefunden werden. Der Bezirksabfallverband, welcher auch das ASZ betreibt, trug die Baukosten für den Neubau des ASZ und die Gemeinde musste das Grundstück zur Verfügung stellen. Da die Gemeinde über kein geeignetes Grundstück verfügte, musste von einer Stiftungsverwaltung eines angekauft werden. Das alte ASZ wurde in den Bauhof eingegliedert und wird derzeit als Einstellhalle für die Bauhofgeräte genutzt.

Die Gesamtkosten betragen insgesamt rd. € 360.300. Die Kosten teilten sich in € 339.050 Grundkauf, € 14.680 Grunderwerbssteuer, € 6.150 Errichtung Kaufvertrag und € 420 Unterschriftsbeglaubigung. Die Finanzierung erfolgte mit einer Darlehensaufnahme von € 360.000 (Laufzeit 25 Jahre) und einem Gemeindebeitrag von € 300.

Die angekaufte Grundfläche betrug 7.536 m², woraus sich ein Kaufpreis von € 45 je m² errechnet. Die Angemessenheit des Kaufpreises wurde durch zwei eingeholte Gutachten bestätigt. Auf das tarifmäßige Honorar für die Errichtung des Kaufvertrages wurde von einem Rechtsanwalt, mit dem laufend zusammengearbeitet wird, ein 25%iger Abschlag gewährt. Die Gemeinde hat nicht gesondert verhandelt bzw. wurden auch keine weiteren Vergleichsangebote eingeholt.

Kinderspielplatz Guttenbrunnsiedlung

Im Jahr 2009 wurde der Kinderspielplatz in der Guttenbrunnsiedlung um rd. € 57.600 errichtet. Die Finanzierung dieses Vorhabens konnte erst 2011 abgeschlossen werden. Die Mittel wurden aufgebracht durch einen Landeszuschuss von rd. € 33.100, einer Bedarfszuweisung des Landes OÖ von rd. € 19.000 und Gemeindebeiträgen von rd. € 5.500.

Die höchsten Ausgaben fielen mit rd. € 48.000 für den Ankauf neuer Spielgeräte an. Für Baggerungen (€ 3.600), Beton (€ 1.600) und Zaunherstellung (€ 1.900) mussten weitere Ausgaben von zusammen € 7.100 getätigt werden. Die restlichen Ausgaben von € 2.400 entfielen auf die Lieferung von Sand, Schotter und die Bepflanzung.

Für den Ankauf der Spielgeräte wurden zwei Angebote eingeholt, wobei ein Vergleich der angebotenen Geräte aufgrund der Verschiedenheit nicht möglich war. Den Zuschlag erhielt schlussendlich das teurere Angebot mit € 48.000. Das um rd. € 3.500 billigere Angebot wurde nicht genommen, wobei die Entscheidungsgründe nicht dokumentiert wurden. Laut Gemeinde haben die Geräte des teuren Angebotes besser entsprochen.

In Ausführung befindliche Vorhaben

Projekt Salzstadeln und Traunuferweg

Bei diesem Projekt waren bis Mitte Juli 2012 nur Einnahmen von einem Energieunternehmen von € 30.000 feststellbar, womit auch ein Überschuss in gleicher Höhe gegeben war.

Derzeit wird für das Projekt, welches Gesamtkosten von rd. € 800.000 verursachen wird, ein Planungsbüro gesucht, um das Projekt beginnen zu können. Es sollen zwei Salzstadel an der Traun errichtet werden, welche einen Mittelpunkt für die bevorstehende Landesausstellung mit dem Thema "Mensch und Pferd" im Jahr 2016 bilden sollen. Dabei soll die Wichtigkeit von Stadl-Paura für die frühere SalzschiFFahrt auf der Traun für das Hallstätter Salz hervorgehoben werden und einen Einblick geben, wie früher die Ladung der Gmundner SalzschiFFe auf eine größere Anzahl von Zillen in Stadl-Paura umgeschiffert wurde. Für die Gemeinde sollte dieses Projekt keine Kosten verursachen. Mit den ersten Bauten ist frühestens im Jahr 2013 zurechnen.

Sanierung Gemeindestraßen 2006-2009

Dieses Straßenbauvorhaben läuft bereits seit dem Jahr 2007. Per Ende 2011 standen sich Ausgaben von rd. € 290.000 und Einnahmen von rd. € 306.500 gegenüber, woraus sich ein Überschuss von € 16.500 errechnet.

An Einnahmen standen Bedarfszuweisungen des Landes OÖ von € 135.000, Landeszuschüsse von € 20.000, Aufschließungs- bzw. Interessentenbeiträge rd. € 144.300 und Gemeindebeiträge von rd. € 3.100 zur Verfügung.

Die vorgenommenen Bauten konzentrierten sich 2009 auf die Sanierung der Steingasse und 2011 auf die Neuerrichtung der Zufahrtsstraße zum neuen Altstoffsammelzentrum. 2010 sind keine Bauten vorgenommen worden. Die Vergaben der Bauten erfolgten nach den Ausschreibungen immer an den Bestbieter.

Inklusive der bis Ende Juli 2012 erhaltenen Einnahmen von € 57.500 und der getätigten Ausgaben von € 62.700 verbleibt ein Überschuss von rd. € 11.200.

Für den Zeitraum 2013 bis 2014 ist ein weiteres Straßenbauprogramm mit einem Volumen von € 180.000 vorgesehen. Die Bedeckung dieser Straßenbauausgaben ist laut Gemeinde durch Förderzusagen gesichert.

Für die ab 2013 vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen ist, zur Wahrung der Übersichtlichkeit und Transparenz, eine eigene Voranschlagsstelle zu eröffnen. Beim weiteren Straßenbau ist die vorsichtige Vorgangsweise weiter fortzuführen.

Sanierung Traunsteg

Bei diesem Vorhaben handelt es sich um die Sanierung des Steges über die Traun, welcher die beiden Gemeinden Stadl-Paura und Lambach verbindet. Der von Radfahrern und Fußgehern viel benützte Steg dient auch zur direkten Überfahrt zum Freibad bzw. zum Ortszentrum von Lambach.

Der Finanzierungsplan sieht Sanierungskosten von € 40.000 vor. Im Jahr 2011 wurden bereits Ausgaben von rd. € 30.600 getätigt. Einnahmen (LZ € 20.500, BZ € 14.500 und Anteilsbeträge der beiden Gemeinden € 5.000) sind erst im Jahr 2012 vorgesehen, womit die Ausgaben auch den Abgang per Ende 2011 ergeben.

Bis Ende Juli 2012 konnten Landeszuschüsse von € 18.000 und Bedarfszuweisungen von € 10.040 vereinnahmt werden, womit sich der Abgang auf rd. € 2.500 reduziert. Da keine weiteren Ausgaben anfallen werden, ist der Abgang im Jahr 2012 mit den noch offenen Landesbeiträgen in der Höhe von € 2.500 auszufinanzieren und das Vorhaben somit abzuschließen.

Kanal BA13; Erweiterung Zieglerfeld

Die Gesamtkosten für den Kanalbau ABA BA 13 (Versorgung des Wohnbaugebietes Zieglerfeld) wurde mit rd. € 175.000 veranschlagt. Die tatsächlich angefallenen Kosten beliefen sich per Ende Juli 2012 auf € 153.300. Damit zeigt das Vorhaben derzeit einen

Überschuss von rd. € 21.700. Ausgaben von rd. € 14.000 werden noch erwartet, womit nach Abschluss des Bauvorhabens ein Überschuss von rd. € 8.000 verbleiben wird.

Der Kanalbau ist im Gemeindegebiet grundsätzlich abgeschlossen, da eine beinahe 100%ige Anschlussdichte gegeben ist. Künftig werden nur mehr notwendige Hausanschlüsse bei Neubauten durchgeführt bzw. bei Erschließung eines neuen Siedlungsgebietes die Kanalbauten erweitert. In näherer Zukunft werden aber keine neuen Siedlungsgebiete erschlossen. Die Kanalbauten werden grundsätzlich ausgeschrieben und jeweils an den Billigstbieter vergeben.

Vom verbleibenden Überschuss ist ein Betrag von € 7.400 in den ordentlichen Haushalt zu transferieren, damit die im Jahr 2010 getätigten und nicht mit BZ bedeckten Investitionen finanziert sind.

Investitionsvorschau

Laut einer Auflistung geplanter Projekte hätte die Gemeinde in den nächsten Jahren viele Baumaßnahmen, Sanierungen bzw. Anschaffungen geplant, die ein Investitionsvolumen von rd. € 9 Mio. zu Folge hätten.

Folgende Projekte stehen zur Diskussion, wobei aus dem ordentlichen Haushalt - nach der derzeitigen negativen Budgetsituation - keine finanzielle Beteiligung erwartet werden kann:

- Straßensanierungsprogramm (€ 448.500 – laut Grundsatzbeschluss)
- Lifteinbau Amtsgebäude (€ 165.000)
- Erweiterung Schülerhort (€ 360.000)
- Infrastruktur für Landesausstellung 2016 (€ 1 Mio.)
- Fassadensanierung FF-Gebäude (€ 150.000)
- Stützmauer Flachbergerweg (€ 200.000)
- Sanierung Volksschule (€ 1,7 Mio.)
- Adaptierung/Umbau Amtsgebäude (€ 2,1 Mio.)
- Errichtung Rad-/Reit- und Wanderwege (€ 1,1 Mio.)
- Sanierung Stützmauer Pauraleiten (€ 1 Mio.) und
- Umgestaltung Marktplatz (€ 750.000).

Neue Vorhaben dürfen nur nach Vorliegen einer gesicherten Finanzierung in Angriff genommen werden. Das zukünftige Investitionspaket kann als unrealistisch und zu kostenintensiv bezeichnet werden. Die geplanten Vorhaben sind nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde nach der Priorität und nur Zug um Zug zu realisieren. Die Leistbarkeit einer Investition, auch im Hinblick auf die Folgekosten, ist vor der tatsächlichen Realisierung immer zu prüfen.

Schlussbemerkung

Seit dem Jahr 2003 erwirtschaftet die Gemeinde Abgänge in beträchtlichem Ausmaß. Zur Budgetkonsolidierung sind von den Gemeindeverantwortlichen Einsparungen in allen Bereichen vorzunehmen und alle möglichen Einnahmequellen auszunützen.

Ganz besonders die Instandhaltungsausgaben sind auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu beschränken. Mit dem vorhandenen Personal ist das Auslangen zu finden und der durch Pensionierung frei werdende Dienstposten im Bauhof ist einzusparen. Die Abgänge des Adventmarktes müssen künftig drastisch reduziert bzw. gänzlich vermieden werden.

Von der Gemeinde Stadl-Paura sind schon in einigen Bereichen Maßnahmen umgesetzt worden (z.B. Einsparungen bei den Telefonkosten, Neuvergabe der Versicherungsverträge, Verwaltungskostenpauschale für bestimmte Leistungen, etc.), womit bereits Einsparungen erzielt wurden. Es sind aber noch weitere Einsparungspotenziale vorhanden, die dem Finanzausschuss im Jahr 2011 zur Kenntnis gebracht wurden und deren Umsetzung noch aussteht. In nächster Zeit wären die Einsparungsvorschläge zu realisieren.

Die Gemeinde wird aufgrund ihrer schlechten Finanzlage in den nächsten Jahren selbst keine Mittel zur Finanzierung von Bauten bzw. Vorhaben im außerordentlichen Haushalt beisteuern können. Die Gemeinde ist damit gänzlich auf Fördergelder angewiesen.

Die zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und erforderliche Auskünfte wurden gerne gegeben. Für diese sehr konstruktive Zusammenarbeit im Laufe der Prüfung wird dem Bürgermeister und insbesondere den Bediensteten des Gemeindeamtes gedankt.

Die Schlussbesprechung mit dem Bürgermeister, dem Amtsleiter und dem Leiter der Finanzabteilung fand am 21. Jänner 2013 statt

Linz, 23. Jänner 2013

Walter Wittinghofer